

# Zwischenbericht 2007

*Entwicklungen und Analysen des Extremismus in Nordrhein-Westfalen*



Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen  
Im September 2007  
[www.im.nrw.de/verfassungsschutz](http://www.im.nrw.de/verfassungsschutz)



<b>1</b>	<b>Entwicklungstendenzen im politischen Extremismus.....</b>	<b>4</b>
1.1	Rechtsextremismus	4
1.1.1	Nationaldemokratische Partei Deutschland .....	4
1.1.2	Neonazis .....	4
1.2	Linksextremismus .....	5
1.3	Ausländerextremismus .....	6
1.3.1	Aktuelle Entwicklungen im KONGRA-GEL .....	6
1.3.2	Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) .....	8
1.4	Islamismus .....	8
1.5	Politisch Motivierte Kriminalität – Berichte des Landeskriminalamtes und des Justizministeriums .....	10
1.5.1	Entwicklungen in der Politisch Motivierten Kriminalität (PMK) .....	10
1.5.2	Bericht des Justizministeriums .....	20
<b>2</b>	<b>Systemgegner im System – die parlamentarische Präsenz von Extremisten .....</b>	<b>21</b>
<b>3</b>	<b>Die Jugendorganisation Komalen Ciwan als Bedrohungspotenzial des KONGRA GEL in Europa? .....</b>	<b>27</b>
<b>4</b>	<b>Legalistischer Islamismus – die IGMG, ihre Ausrichtung und Perspektiven .....</b>	<b>32</b>
<b>5</b>	<b>Die Bedeutung des Internets für den internationalen islamistischen Terrorismus (Jihadismus) .....</b>	<b>35</b>
<b>6</b>	<b>Spionageabwehr .....</b>	<b>39</b>
<b>7</b>	<b>Publikation „Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert“ .....</b>	<b>40</b>

# 1 Entwicklungstendenzen im politischen Extremismus

## 1.1 Rechtsextremismus

### 1.1.1 Nationaldemokratische Partei Deutschland

#### Vorbereitungen für die Kommunalwahl 2009

Der Landesverband der ‚Nationaldemokratische Partei Deutschland‘ (NPD) in NRW ist verstärkt öffentlichkeitswirksam und organisatorisch aktiv. Diese Aktivitäten sind Teil einer Strategie, sich mit Blick auf die Kommunalwahl 2009 nicht nur organisatorisch besser aufzustellen, sondern sich auch im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern. So führte die NPD mehrere Flugblattverteilungen und auch Informationsstände in verschiedenen Städten in Nordrhein-Westfalen durch. Höhepunkte dieser Aktivitäten waren eine Interessentenveranstaltung am 10. März 2007 mit dem Bundesvorsitzenden Udo Voigt in Rheine und die Auftritte des Bundesvorsitzenden sowie des stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD als Redner auf Zwischenkundgebungen der von neonazistischen Kräften durchgeführten Demonstration am 1. Mai 2007 in Dortmund. Letzteres zeigt deutlich, dass die NPD weiterhin bemüht ist, ihr Bündnis mit neonazistischen Kräften aufrechtzuerhalten.

Darüber hinaus ist für die NPD die Lokalpolitik und das Bemühen um eine flächendeckende kommunale Verankerung ein wichtiger Baustein ihrer Strategie – getreu dem Motto: „Der Weg in die Parlamente führt über die Rathäuser“. Damit gelang bereits in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern der Einzug in die Landtage. Vor diesem Hintergrund treibt die NPD die Gründung neuer Kreis- und Ortsverbände auch in NRW voran. So fand Anfang dieses Jahres die Gründungsfeier des NPD-Kreisverbandes Düren statt; neue Kreis- bzw. Ortsverbände bestehen zudem in Krefeld/Kleve und Solingen. Damit dürfte die NPD in Nordrhein-Westfalen in 45 von 54 Kreisen über arbeitsfähige Strukturen verfügen.

Diese Mischung von Öffentlichkeitsarbeit, demonstrativen Aktionen und Verbesserung der Organisationsstruktur mit dem Ziel der erfolgreichen Teilnahme an Wahlen zeigt deutlich die Umsetzung der NPD-Maxime des „Kampfes um die Köpfe, die Straße und die Parlamente.“

#### Gründung der Regionalgruppe NRW des Rings Nationaler Frauen

Ein völlig neues Feld betrat die NPD mit der Gründung einer eigenen Frauenorganisation, dem ‚Ring Nationaler Frauen‘ (RNF). Im März 2007 wurde die Regionalgruppe NRW in Oberhausen offiziell ins Leben gerufen. Begleitend dazu fand in der Oberhausener Innenstadt der erste RNF-Infostand in Kooperation mit dem örtlichen Kreisverband der NPD statt. Offenkundiges Ziel dieses Projekts ist es, eine bisher von Männern dominierte Partei auch für Frauen attraktiv erscheinen zu lassen, um damit neue Wähler- und Mitgliederpotenziale zu gewinnen.

### 1.1.2 Neonazis

#### Demonstrative Aktionen zum 1. Mai 2007

Die Dortmunder Demonstration zum 1. Mai war für die bundesweite Neonaziszene die zentrale öffentlichkeitswirksame Aktion. Zur Konzentration der Kräfte hatte auch der Hamburger Neonazi Christian Worch seine seit Jahren in Leipzig durchgeführte 1.-Mai-Demonstration abgesagt. Die Demonstration in Dortmund stand unter dem Motto: „Gemeinsam gegen Kapitalismus – Heraus zum 1.Mai!“ Sie war nicht allein

wegen ihrer Teilnehmerzahl (ca. 1.800 ) bemerkenswert. Interessant ist, dass sie massiv von Mitgliedern der NPD unterstützt wurde.

Die NPD selbst verzichtete zugunsten ihrer anlässlich des G8-Gipfels am 2. Juni 2007 in Schwerin geplanten Demonstration auf eine eigene zentrale Veranstaltung zum 1. Mai 2007. Zwar hatte das Verwaltungsgericht Schwerin das von der Stadt Schwerin verhängte Demonstrationsverbot aufgehoben und – unter Änderung der Auflagen – eine Versammlung außerhalb der Innenstadt für zulässig erklärt. Wegen der geänderten Auflagen nahm die NPD aber von ihrem Vorhaben Abstand.

Die Bedeutung der Dortmunder Demonstration für die rechtsextremistische Szene wurde auch dadurch deutlich, dass der Neonazi-Führungsaktivist Christian Worch zusammen mit dem NPD-Bundesvorsitzenden als Redner auftrat. Dies erstaunt umso mehr, als Worch zu den Vertretern der Neonaziszene gehört, die der NPD und ihrer Parteiarbeit kritisch gegenüberstehen. Diese Großdemonstration wie auch die vorausgegangenen neonazistischen Kleindemonstrationen am 28. April in Kamp-Lintfort, Recklinghausen, Kamen und Paderborn waren wiederum Anlass für Versuche der linksextremistischen Szene, die Konfrontation mit den Rechtsextremisten zu suchen bzw. deren Aufmarsch zu verhindern. So gab es am 1. Mai Blockadeaktionen auf der Dortmunder S-Bahnstrecke mit erheblichen Schäden und Beeinträchtigungen des Zugverkehrs. Durch die starke Polizeipräsenz konnten unmittelbare gewalttätige Auseinandersetzungen jedoch weitgehend verhindert werden.

## **1.2 Linksextremismus**

### **G8-Gipfel in Heiligendamm**

Das diesjährige G8-Gipfeltreffen der acht wichtigsten Industrienationen fand vom 6. – 8. Juni unter deutschem Vorsitz in Heiligendamm statt. Im Vorfeld dieses Treffens bereitete sich ein breites Spektrum nichtextremistischer Gruppen, aber auch Linksextremisten, trotzkistische Gruppen, Antiimperialisten und militante Autonome, auf Protestaktionen gegen das Ereignis vor.

Die „Aktionswoche“ gegen das G8-Treffen begann am 1. Juni mit einem sogenannten antimilitaristischen „Bombodrom“-Aktionstag gegen den militärischen „Luft-Boden-Übungsplatz“ bei Wittstock (Brandenburg) mit etwa 470 Teilnehmern. Am 2. Juni fand in Rostock die „Internationale Großdemonstration“ mit etwa 30.000 Teilnehmern statt. Offiziell geplant war ein friedlicher „Happening-Charakter“, allerdings eskalierte die Situation kurz vor dem Abschluss, als verummte Personen aus dem Demonstrationzug heraus ein Polizeifahrzeug angriffen. Es kam zu massiven Auseinandersetzungen zwischen gewaltbereiten Demonstranten und der Polizei. Die Aktionen an den Folgetagen einschließlich der Blockadeaktionen und der Abschlusskundgebung in Rostock verliefen größtenteils friedlich.

### **Reaktionen innerhalb der globalisierungskritischen Szene auf die Ausschreitungen am 2. Juni**

Anfänglich erfolgten öffentliche Distanzierungen der Organisatoren von den Ausschreitungen, teilweise wurde sogar der Ausschluss der Autonomen gefordert. Inzwischen wird innerhalb der globalisierungskritischen Szene aber wieder die alte Position vertreten:

- : Ablehnung von Militanz, aber
- : Vermeidung einer Spaltung der Antiglobalisierungsbewegung.

### **Gipfelproteste werden als Erfolg gewertet**

Insbesondere die Blockade der Zufahrtsstraßen nach Heiligendamm wertete die linksextremistische Szene als Erfolg. Die bereits in anderen Ländern erprobten neueren Aktionsformen wie die „Fünf-Finger-Taktik“ – größere Gruppen teilen sich in fünf Gruppen auf und schwärmen in verschiedene Richtungen aus – und die „Rebell Clown Army“ seien gelungene Aktionsformen gewesen, um an den Polizeiketten vorbei bis zum Sperrzaun zu gelangen. Man erhofft sich außerdem nach dem Gipfel ein stärkeres Zusammenwachsen der Szene und einen Zulauf jüngerer Aktivisten. Die erwähnten neuen Aktionsformen

zeigen eine neue Qualität der Vorbereitung demonstrativer Aktionen, denn derartige Aktionen sind nur nach intensiver logistischer Vorarbeit und Einübung möglich.

## **DIE LINKE.**

Nach insgesamt fünf Parteitag im Berichtszeitraum schlossen die Parteien ‚Die Linke.PDS‘ und die ‚Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative‘ (WASG) ihre Fusion ab. Rechtlich – und wohl auch politisch – erfolgte der Zusammenschluss durch den Beitritt der WASG in die ‚Die Linke.PDS‘; erst danach benannte sich die Partei in DIE LINKE. um. In beiden Parteien gab es hohe Zustimmung für die Fusion. Auf dem Gründungsparteitag der Partei DIE LINKE. am 16. Juni 2007 in Berlin stimmten die Delegierten beider Parteien der Fusion fast ohne Gegenstimmen oder Enthaltungen zu und wählten die neuen Leitungsgremien der Partei.

DIE LINKE. beabsichtigt, 2008 ein endgültiges Programm für die Partei zu verabschieden. Der zu bildende Landesverband Nordrhein-Westfalen soll nach den bisherigen Planungen im Oktober 2007 entstehen.

### **1.3 Ausländerextremismus**

#### **1.3.1 Aktuelle Entwicklungen im KONGRA-GEL**

##### **Einseitiger Waffenstillstand der HPG in der Türkei weiterhin unbeachtet**

Die HPG, die unter Waffen stehenden ‚Volksverteidigungskräfte‘ des KONGRA-GEL, und die türkische Armee setzen ihre militärischen Auseinandersetzungen ungeachtet des einseitigen, durch die HPG im Oktober 2006 ausgerufenen Waffenstillstandes weiter fort. Nach wie vor führen die militärischen Auseinandersetzungen mit täglichen Toten und Verletzten auf beiden Seiten aber zu keinen erkennbaren Reaktionen in der kurdischen Bevölkerung in Deutschland.

##### **Selbstmordattentat in Ankara am 22. Mai 2007**

Bei einem Selbstmordanschlag in der türkischen Hauptstadt Ankara am 22. Mai 2007 wurden sechs Menschen getötet und ca. 100 verletzt. Die pro-kurdische Nachrichtenagentur ‚Firat Agency News‘ veröffentlichte am 23. Mai 2007 eine Erklärung der ‚Koma Komalen Kurdistan‘ (Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans – KKK), in der die Organisation ausdrücklich jede Verantwortung für das Attentat ablehnt. Auch in weiteren kurdischen Medien wird eine Verantwortung für den Anschlag zurückgewiesen. Die türkische Tageszeitung ‚Hürriyet‘ behauptete demgegenüber später, dass der mutmaßliche Attentäter identifiziert sei und er Beziehungen zum KONGRA-GEL gehabt haben soll.

Der Anschlag soll von den ‚Racheteams Kurdistans‘ durchgeführt worden, die bereits im März 2007 in einer Veröffentlichung Warnungen ausgesprochen haben. Ob und inwieweit die ‚Racheteams Kurdistans‘ in die Hierarchie des KONGRA-GEL oder der militärischen Guerillakräfte HPG eingebunden sind, ist bisher nicht bekannt.

##### **‚Freiheitsfalken Kurdistans‘ (TAK) drohen weiter mit Anschlägen in der Türkei**

Die Ankündigung der TAK vom 3. März 2007, auch in der diesjährigen Urlaubssaison wieder Anschläge zu verüben, hat sich bisher glücklicherweise nicht bewahrheitet. Die Explosion in einem Urlauberhotel in Belek in der Region Antalya am 29. März 2007 konnte nicht eindeutig als Anschlag verifiziert werden. Die türkische Polizei hat bei mehreren Festnahmen mutmaßlicher kurdischer Attentäter /-innen Sprengstoff und Sprengsätze gefunden und somit wahrscheinlich weitere Anschläge verhindert.

## **Angebliche Vergiftung von Abdullah Öcalan**

Am 1. März gaben Anwälte von Abdullah Öcalan in einer Pressekonferenz in Rom bekannt, dass sich aus einer Haarprobe des Kurdenführers Anzeichen einer chronischen Vergiftung mit Chrom und Strontium ergäbe und Lebensgefahr bestünde. Diese Mitteilung war Anlass für eine Reihe von Protesten, die zum Teil gewalttätig verliefen. Dabei wurden gezielt Brandanschläge auf türkische Einrichtungen verübt.

Die KONGRA-GEL-Jugendorganisation ‚Komalen Ciwan‘ rief in einer über ihre Internetseite verbreiteten Erklärung vom 1. März 2007 zum „Widerstand in allen Gebieten auf höchstem Niveau“ auf. Laut einem an die KONGRA-GEL-Jugend in der Türkei und in Europa gerichteten Aufruf sind Massenproteste, Schulboykotts, Sitzstreiks, Besetzungsaktionen sowie von kleinen Einheiten ausgeführte gewalttätige Aktionen denkbare Aktionsformen.

Aus Protest gegen die angebliche Vergiftung von Abdullah Öcalan durch die türkische Regierung und die vermeintliche Untätigkeit der zuständigen europäischen Behörden protestierten Anfang Mai 2007 Anhänger des KONGRA-GEL mit Besetzungen von Fernsehanstalten, von Büros von Nicht-Regierungs-Organisationen (sogenannten NGO´s) und vor Parlamenten in ganz Europa. Dabei wurden nach türkischen Medienberichten beispielsweise die Räumlichkeiten des Schweizer Fernsehsenders SF TV und das Büro von ‚amnesty international‘ in Bern besetzt. Darüber hinaus fanden Aktionen vor den Parlamentsgebäuden in Stockholm, Rom und Wien statt.

Am 9. Mai 2007 gelangte eine Gruppe von KONGRA-GEL Anhängern in das Foyer des Düsseldorfer Landtages. Dort entrollten sie Transparente, skandierten Parolen und verteilten Flyer, die auf die Situation des Kurdenführers Abdullah Öcalan hinweisen sollten. Die Demonstranten wurden von der Polizei festgenommen und Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Hausfriedensbruches, des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz und wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte wurden eingeleitet. Der Rädelführer ist in einem beschleunigten Verfahren wegen Hausfriedensbruches verurteilt worden; weitere Ermittlungsverfahren gegen ihn und 13 weitere Beschuldigte sind noch anhängig.

Das europäische ‚Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe‘ (CPT) des Europarates hat sich bereit erklärt, die Haftsituation von Abdullah Öcalan unter allen Aspekten genau zu prüfen.

### **1.3.2 Gewalttätige Proteste**

In zwei Wellen, einmal im Februar und ein weiteres Mal im März, kam es wegen der Verhaftung von mehreren hochrangigen Europafunktionären des KONGRA-GEL in Frankreich und Belgien und im Rahmen der Proteste gegen die angebliche Vergiftung Abdullah Öcalans zu einer Reihe von Brandanschlägen im gesamten Bundesgebiet.

In NRW waren die Städte Dortmund, Bottrop, Hagen und Köln, teilweise mehrfach, betroffen. Anders als in der Vergangenheit, beschränkten sich die Täter nicht darauf, auf Straßenkreuzungen Brandsätze auf eine Fahrbahn zu werfen und dabei Parolen zu skandieren. Vielmehr wurden gezielt Brandanschläge gegen türkische Vereine, auf türkische Banken, auf türkische Reisebüros, auf eine Moschee sowie auf einen Autohändler einer französischen Automarke verübt. Bei den Anschlägen wird eine Täterschaft der kurdischen Jugendorganisation KOMALEN CIWAN vermutet, wenngleich diese sich nicht ausdrücklich dazu bekannt hat. Die Staatsanwaltschaft Dortmund hat gegen vier Männer aus Dortmund und Mönchsee Anklage wegen eines Brandanschlages auf einen türkischen Kulturverein und eine Moschee erhoben. Es muss davon ausgegangen werden, dass das gewalttätige Handeln, wenn nicht sogar europaweit gesteuert, jedenfalls mit Wissen und Wollen der Organisation erfolgt ist.

### **1.3.3 Großveranstaltungen des KONGRA-GEL**

Zwischen 12.000 und 16.000 Teilnehmer konnten für zwei große politische Demonstrationen am 10. Februar und am 12. Mai 2007 in Straßburg bzw. die Feiern zum kurdischen Neujahrsfest (Newroz) in Berlin mobilisiert werden. Im Zentrum stand bei allen Veranstaltungen – wie so oft – das Schicksal Abdullah Ö-

calans. Der stellvertretende Vorsitzende des KONGRA-GEL, Remzi Kartal, bezeichnete die derzeitige Lage der Kurden, insbesondere der kämpfenden Guerilla in der HPG, als eine um Leben und Tod gehende Phase. Das kurdische Volk wurde aufgerufen, den Widerstand nicht aufzugeben und sich nicht zu ergeben.

#### **1.3.4 Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)**

Die seit Frühjahr 2006 eskalierende Situation in Sri Lanka mit gewalttätigen Anschlägen auf zivile und militärische Ziele sowohl der singhalesischen als auch der tamilischen Seite, setzt sich fort.

Dies hat auch Auswirkungen auf die Anhänger der LTTE in Deutschland. Die LTTE-Führung erklärte, dass es insbesondere zur Gewährleistung des Nachschubes für die kämpfenden Einheiten notwendig sei, große Geldmittel zu beschaffen. Zu diesem Zweck werde es zu weiteren weltweiten Geldsammlungen in der Diaspora kommen. Gleichwohl haben die Anhänger der LTTE in Deutschland bzw. in Nordrhein-Westfalen ihre öffentlichkeitswirksamen Aktionen im 1. Halbjahr 2007 deutlich zurück gefahren. Dies mag darauf zurückzuführen sein, dass die Tsunami-Katastrophe, die Anlass zahlreicher Veranstaltungen und öffentlicher Spendensammlungen war, mittlerweile 2 ½ Jahre zurückliegt und aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt ist.

### **1.4 Islamismus**

Der islamistische Terrorismus stellt weiterhin die größte Bedrohung für die innere Sicherheit Deutschlands dar. Zwar dürften die Interessen der USA, Großbritanniens und Israels in ganz besonderer Weise gefährdet sein; doch belegen verschiedene im 1. Halbjahr 2007 registrierbare Indizien eine gesteigerte Gefährdungsintensität auch deutscher Belange. Der Umstand, dass es in diesem Zeitraum in Europa keine erfolgreichen islamistischen Terroranschläge gab, sollte nicht dahingehend missverstanden werden, dass es zu einer allmählichen Entspannung der Gefahrenlage kommt. In mehreren europäischen Ländern konnten Anschläge nur durch effektive Maßnahmen der Sicherheitsbehörden verhindert werden; andere Terrorakte scheiterten an technischen Problemen oder an den Sicherheitsvorkehrungen am ausgesuchten Anschlagort. Nachdem Nordrhein-Westfalen im Vorjahr von dem versuchten Anschlag mit Kofferbomben auf zwei Regionalexpresszüge betroffen war, mussten hier in diesem Jahr keine vergleichbaren Tathandlungen registriert werden.

#### **Verschärfung der Bedrohungslage für Deutschland**

Verschiedene Indizien deuten darauf hin, dass der von ‚al-Qaida‘ beeinflusste internationale Terrorismus Deutschland verstärkt ins Visier genommen hat. Die Motivation hierfür dürfte in dem deutschen Engagement zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus und vor allem in dem Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zu suchen sein. Dass im islamistischen Bereich die politische und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland aufmerksam verfolgt wird, zeigt ein am 10. März im Internet aufgetauchtes Video der ‚Stimme des Kalifats‘. Darin fordert ein verummter Sprecher den Abzug der deutschen und österreichischen Soldaten aus Afghanistan. In dem wie eine Nachrichtensendung aufgemachten Bedrohungsvideo werden verantwortlich gemachte Politiker und die Logos großer deutscher Firmen eingebildet. Auffällig sind auch die Untertitel in deutscher Sprache und die Detailkenntnisse über die politischen Diskussionen in Deutschland und Österreich und über den Umfang der Beteiligung dieser Länder am NATO-Einsatz in Afghanistan. Das Video wurde in einem Internetportal festgestellt, das seit längerem als eine Internetpräsenz des militant-islamistischen Spektrums bekannt ist. Bei der ‚Stimme des Kalifats‘ handelt es sich um ein islamistisches Nachrichtenprogramm, das von der ‚Global Islamic Media Front‘ (GIMF) produziert wird. GIMF versteht sich als eine Medienbasis im Internet, die aus Sicht der Mujahedin über den Jihad berichten soll. Seit etwa Mitte 2006 ist auch ein deutschsprachiger GIMF-Ableger bekannt.

Mit einer Vielzahl weiterer Aktionen wurde im 1. Halbjahr 2007 auf das deutsche Engagement in Afghanistan reagiert. Immer häufiger werden Deutsche oder Mitarbeiter deutscher Organisationen zum Ziel terroristischer Anschläge oder Entführungen. Wie die Fälle zeigen, werden Entführungen von Personen aus westlichen Ländern in islamistischen Kreisen verstärkt als probates Druckmittel angesehen, um politische oder finanzielle Ziele und mediale Aufmerksamkeit zu erreichen.

Das gesteigerte Interesse der Taliban an Deutschland macht aber auch ein am 20. Juni bekannt gewordenes Video deutlich, dass den neuen Talibankommandeur Mansoor Dadullah, der erst kurze Zeit vorher seinen getöteten Bruder Mullah Dadullah ersetzt hatte, bei der Verabschiedung von 300 angeblichen Selbstmordattentätern nach ihrer Ausbildung in Lagern der Taliban zeigt. In dem Video wird damit gedroht, dass sich die Kämpfer für Anschläge in den USA, Großbritannien, Kanada und Deutschland bereit halten würden.

### **Spuren des islamistischen Terrorismus im Inland**

Die durch den internationalen Terrorismus verursachte Gefahrenlage ist auch im Inland spürbar. Dabei geht die Gefahr nicht nur von den bekannten terroristischen Organisationen aus, sondern sie kann auch durch Personen verursacht werden, die sich nur für vorübergehende Zwecke (z. B. für ein Studium) hier aufhalten oder die hier aufgewachsen sind und sich selbständig oder in Kleingruppen radikalieren. Bei dem zuletzt genannten Phänomen spricht man von den sogenannten „home grown terrorists“. In den letzten Monaten musste festgestellt werden, dass sich eine auffällig hohe Anzahl von Personen, die deutschstämmig sind oder sich hier seit längerem aufgehalten haben, offenbar in Ausbildungslager in der Grenzregion Afghanistan/Pakistan begeben haben. Einige dieser vermutlich islamistisch motivierten Personen wurden durch pakistanische Sicherheitsbehörden festgenommen und sollen nach Deutschland zurückgeführt werden. Andere sind bereits wieder mit dem durch Schulungen erworbenen Wissen nach Deutschland zurückkehrt.

Mit den Auswirkungen des internationalen Terrorismus und dem Islamismus haben sich wiederholt deutsche Gerichte befassen müssen. So bestätigte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof am 24. Januar das vom Bayerischen Staatsministerium des Inneren wegen Aktivitäten gegen die verfassungsmäßige Ordnung und gegen die Völkerverständigung erlassene Verbot des ‚Multi-Kultur-Hauses Ulm e. V.‘ (MHK). In der Vergangenheit waren immer wieder Personen aufgefallen, die offenbar durch ihren Kontakt zum MKH eine islamistische Prägung erfahren hatten. Am 25. Juni bzw. 9. Juli verurteilte das OLG München einen 41jährigen Iraker zu einer Haftstrafe von 3 Jahren und 3 Monaten und in einem abgetrennten Verfahren einen 36jährigen Iraker zu 5 Jahren und 6 Monaten wegen Unterstützung der terroristischen ‚Ansar al-Islam‘. Vor dem OLG Schleswig begann am 25. Juli ein Prozess gegen einen 37 Jahre alten Marokkaner, dem von der Bundesanwaltschaft die Unterstützung von ‚al-Qaida im Zweistromland‘ und die Gründung einer terroristischen Vereinigung im Ausland vorgeworfen wird. Im Juli hat die Bundesanwaltschaft außerdem Anklage gegen einen der beiden „Kofferbomber“ vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf erhoben. Dem Angeklagten wird vielfacher versuchter Mord und die versuchte Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion zur Last gelegt. Das Gericht hat vor der Entscheidung über die Zulassung der Anklage ein Gutachten zur Schuldfähigkeit des Angeklagten in Auftrag gegeben. Der zweite mutmaßliche Haupttäter steht seit einigen Monaten mit weiteren Angeklagten in seinem Heimatland Libanon vor Gericht.

### **Regeneration von ‚al-Qaida‘**

Als Folge des massiven, auch mit militärischen Mitteln ausgeübten Drucks ist ‚al-Qaida‘ als gefestigte Terrororganisation bereits seit längerem zerschlagen. Stattdessen war ein Netzwerk entstanden, in dem Ableger in verschiedenen Ländern oder auch durch die ‚al-Qaida‘-Ideologie inspirierte Kleingruppen ihre Aktionen ohne direkte Anleitung durch die ‚al-Qaida‘-Führung planen und ausführen. In den letzten Monaten hat sich der Eindruck verfestigt, dass es ‚al-Qaida‘ wieder gelingt, sich auch außerhalb des besonderen Schauplatzes Irak in Szene zu setzen. Wie gewohnt hat ‚al-Qaida‘-Vize Zawahiri versucht, über zahlreiche Video- und Audiobotschaften Einfluss auf die Bewertung politischer Entwicklungen zu nehmen und die Feinde zu benennen, die es anzugreifen gelte. Seit längerer Zeit sind aber auch wieder Botschaften von Usama bin Ladin aufgetaucht. Allerdings ist nicht geklärt, wann diese Videos entstanden sind, so dass weiterhin spekuliert werden muss, in welcher Verfassung sich bin Ladin befindet.

Die Gefährdung von Menschen aus westlichen Ländern dokumentiert der von regionalen ‚al-Qaida‘-Strukturen am 2. Juli verübte Anschlag auf eine Touristengruppe an einer archäologischen Stätte in Marib (Jemen). Durch die von einem Selbstmordattentäter ausgelöste Autobombe kamen acht spanische Touristen und 2 einheimische Begleiter ums Leben; weitere Personen wurden teilweise schwer verletzt. Vier

Täter, die der Organisation ‚al-Qaida im Jemen‘ zugerechnet werden, sowie zwei Polizisten sollen Anfang August bei einer Operation jemenitischer Sicherheitskräfte getötet worden sein.

### **Die Bedrohung ist in Europa gegenwärtig**

Die Entwicklung der letzten Monate hat bestätigt, dass Großbritannien in Europa am stärksten vom islamistischen Terror bedroht wird. Nach Angaben der britischen Regierung werden aktuell etwa 2.000 verdächtige Personen beobachtet, die 200 Gruppierungen zugerechnet werden. Die Sicherheitsbehörden gehen davon aus, dass von 30 aktiven Verschwörungen besondere Gefahren ausgehen. Vermutlich ausgelöst durch die Ankündigung, den wegen islamkritischer Schriften in islamistischen Kreisen verhassten Schriftsteller Salman Rushdie in den Ritterstand zu erheben, kam es am im Juni in Großbritannien zu einer Reihe von Anschlagversuchen. Auf belebten Straßen sollten zwei Sprengsätze aus Gasflaschen und mit Nägeln versehenen Benzinkanistern explodieren. Diese Autobomben konnten rechtzeitig entschärft werden. Am Folgetag versuchten zwei Männer aus demselben Personenkreis mit einem Jeep in den Glasgower Flughafen einzudringen, um sich dort aufhaltende Menschen zu töten. Der Anschlag misslang wegen der Sicherheitsbarrieren vor dem Eingangsbereich. Bei den Ermittlungen fiel besonders auf, dass die aus Indien und aus arabischen Ländern stammenden Täter überwiegend medizinische Berufe ausübten. Im Mai 2007 wurden in London fünf britische Staatsangehörige zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt, weil sie den Bau von Autobomben mit Kunstdüngermischungen vorbereitet haben sollen, um damit Anschläge auf Diskotheken und Einkaufszentren zu verüben. Außerdem wurden im Juli 2007 die vier Männer mit lebenslanger Haft bestraft, deren Anschläge mit Rucksackbomben auf die Londoner U-Bahn am 21. Juli 2005 gescheitert waren.

Der islamistisch motivierte Terrorismus stellt auch in weiteren europäischen Ländern eine akute Gefahr für die innere Sicherheit dar. So wurde z. B. im Juli in Italien eine Terrorzelle ausgehoben, bei der man Chemikalien für den Bombenbau und operative Anleitungen gefunden haben soll. In Frankreich wurde im Mai eine Person verhaftet, die ein Bombenattentat vorbereitet haben soll. In Spanien endete im Juni die Beweisaufnahme in dem Prozess gegen 29 Angeklagte, denen eine Beteiligung an den Anschlägen vom 11. März 2004 auf die Madrider Vorstadtzüge vorgeworfen wird.

Die westlichen Gesellschaften müssen darauf eingestellt sein, dass der islamistische Terrorismus als Phänomen und Bedrohung noch über Jahre erhalten bleibt.

## **1.5 Politisch Motivierte Kriminalität – Berichte des Landeskriminalamtes und des Justizministeriums**

### **Vorbemerkung**

Im folgenden Abschnitt stellt der Bericht des Landeskriminalamtes die Entwicklungen der Politisch motivierten Kriminalität dar. Der Blickwinkel der Polizei ist dabei auf die Straftat und den Täter – und hierbei auf die individuelle Motivlage – gerichtet. Die Zuordnung zu den Phänomenbereichen erfolgt nicht zwingend auf der Grundlage entsprechender Zugehörigkeit zu einschlägigen Gruppierungen; sie wird vielmehr aus der Straftat selbst, den Tatumständen bzw. aus der ermittelten Motivation des Täters abgeleitet. Es ist wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass diese Delikte überwiegend nicht aus einer organisierten extremistischen Gruppe heraus begangen werden.

Während für den Verfassungsschutz die links-, rechts- oder ausländer**extremistisch** agierende Organisation im Mittelpunkt der Befassung steht, ist für die Feststellung einer politisch motivierten Straftat weder die extremistische Intention noch die Zugehörigkeit zu einer solchen Organisation notwendige Voraussetzung. Das hier gezeichnete Bild ist deshalb auch umfassender; es umfasst alle bekannt gewordenen Straftaten mit – zumindest vermutlicher – politischer Motivation. Deshalb werden auch Delikte gezählt, die einem der Phänomenbereiche nicht zugeordnet werden können. Und deshalb wird im Folgenden auch in der Terminologie der Polizei zum Beispiel von den „Rechten“ und den „Linken“, nicht von „Rechtsextremisten“ gesprochen.

### 1.5.1 Entwicklungen in der Politisch motivierten Kriminalität (PMK)

Die EU-Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2007 und das Gipfeltreffen der G8-Staaten in Heiligendamm/MV (6. bis 8. Juni 2007) sind sowohl bei Linken als auch bei Rechten die Themen gewesen, die das Aktionsverhalten bestimmt haben. So kam es in Nordrhein-Westfalen neben dem Diskurs über die Auswirkungen der Globalisierung auch zu knapp 140 Vorbereitungs- und Mobilisierungstreffen, 21 Aktionstagen und 45 Demonstrationen, die überwiegend vom linken Spektrum veranstaltet wurden. Dabei versuchten sie auch bürgerliche Aktionsbündnisse zu nutzen, um ihre geplanten Aktionen in einem unverdächtigen Umfeld vorbereiten zu können.

Die Rechten setzten ihre Strategie des „Kampfes um die Köpfe, Straßen, Parlamente und den gemeinschaftlichen Willen“ fort. Dabei versuchten sie vor allem durch Demonstrationen zu sozialpolitischen und kapitalismuskritischen Themen rechtspopulistische Meinungen in der Mitte der Gesellschaft zu verankern. So fand am 13. Februar 2007 in Krefeld eine Kundgebung der NPD zum „Gedenken der Bombenopfer des 2. Weltkrieges“ statt, in Minden führte ein Rechtsextremist einen Aufzug „Gegen Repression und Polizeiwillkür“ am 17. März 2007 durch, in Dortmund wurde eine der bundesweit koordinierten Versammlungen „Gemeinsam gegen Kapitalismus – Heraus zum 1. Mai“ für den Raum „Westdeutschland“ abgehalten und in Köln führte eine Anwohnerinitiative unterstützt von „Pro Köln“ eine Kundgebung „Gegen den Moscheeneubau“ durch (16. Juni). Dabei kam es immer wieder zu Konfrontationen zwischen „Links“ und „Rechts“ und/oder linken Demonstranten und der Polizei.

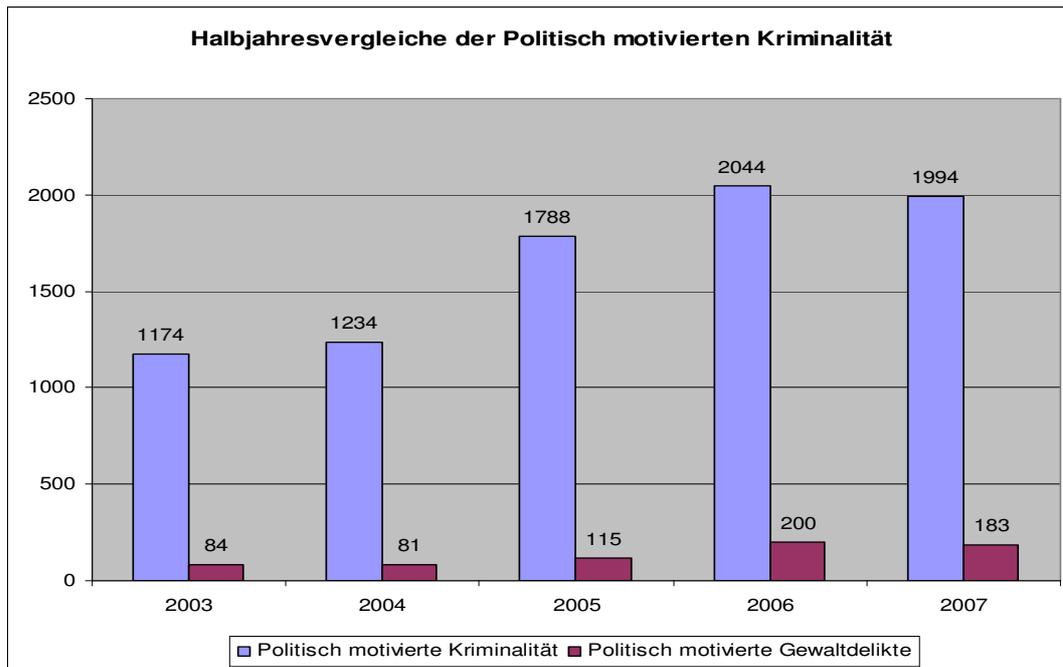
Die Zuspitzung des Nahost-Konfliktes, das koordinierte Vorgehen der Polizei gegen Führungskader der verbotenen 'Arbeiterpartei Kurdistans' (PKK, jetzt KONGRA-GEL) in Deutschland und Frankreich, die Entscheidung des Europarates im Februar gegen die Neuaufnahme des Prozesses gegen Abdullah Öcalan in der Türkei sowie die täglichen Anschläge im Irak und die instabile Situation in Afghanistan haben sich auch auf die Sicherheitslage in Nordrhein-Westfalen ausgewirkt.

#### Weniger Straftaten als 2006

Die „Politisch Motivierte Kriminalität“ (PMK) ist im 1. Halbjahr 2007 gegenüber dem 1. Halbjahr 2006 um 2,5 Prozent (von 2.044 auf 1.994 Straftaten<sup>1</sup>) zurückgegangen, wobei 42,2 Prozent (Jahr 2006: 43,5 Prozent) aller Straftaten aufgeklärt werden konnten. Damit ist der ansteigende Trend gestoppt worden, die Fallzahlen liegen aber immer noch über dem Niveau der Jahre 2003 bis 2005.

---

<sup>1</sup> Die Angaben über die PMK bilden die Fälle ab, die dem Landeskriminalamt NRW in der Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juni 2007 bekannt geworden sind. Die Trends ergeben sich aus dem Vergleich mit der Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juni 2006. Dabei werden die Fallzahlen aus dem Zwischenbericht des Verfassungsschutzes des Landes Nordrhein-Westfalen 2006 und dem Verfassungsschutzbericht über das Jahr 2006 berücksichtigt.

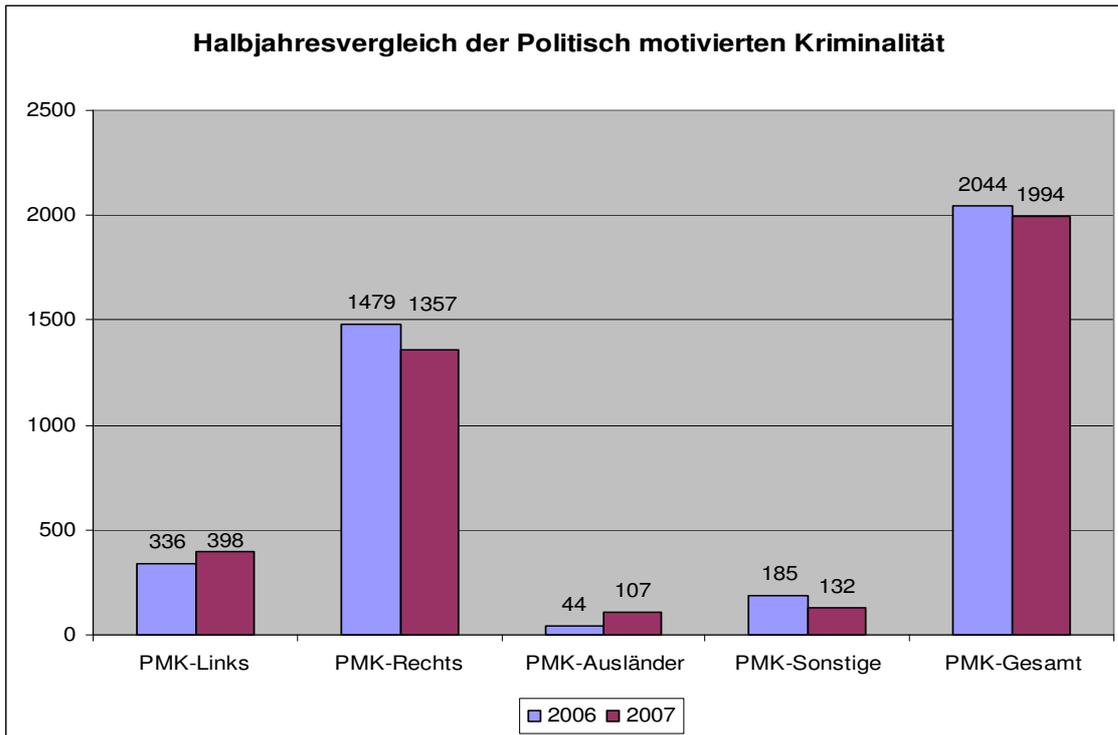


Grafik 1: PMK gesamt im Halbjahresvergleich

Diese Entwicklung ist auf zwei Faktoren zurückzuführen: Zum einen ist ein Rückgang bei der Politisch motivierten Kriminalität - Rechts (PMK - Rechts) von 1.479 auf 1.357 Straftaten festzustellen, insbesondere bei den Propagandadelikten und Volksverhetzungen von 1.274 auf 1.181 Straftaten im Oberthema „Nationalsozialismus / Sozialdarwinismus“ sowie bei den fremdenfeindlichen und antisemitischen Straftaten. Zum anderen ist ein Rückgang von 185 auf 132 Straftaten bei den Delikten festzustellen, bei denen den Tatverdächtigen keine eindeutige Tatmotivation zuzuordnen ist (sonstige/nicht zuzuordnen). Trotz dieser positiven Entwicklungen sind Anstiege – wenn auch auf geringem Niveau – bei der Politisch motivierten Kriminalität - Links von 336 auf 398 Straftaten und der Politisch motivierten Ausländerkriminalität - Ausländer von 44 auf 107 Straftaten zu verzeichnen. Dabei fallen die Linken im „Kampf gegen Rechts“ verstärkt mit Verstößen gegen das Versammlungsgesetz und Sachbeschädigungen (Anstieg von 185 auf 257 Straftaten) auf, während Tatverdächtige der PMK - Ausländer zunehmend ihre Konflikte aus den Heimatländern in Deutschland austragen und vermehrt gegen das Vereinsgesetz verstoßen (Anstieg von 5 auf 45 Straftaten).

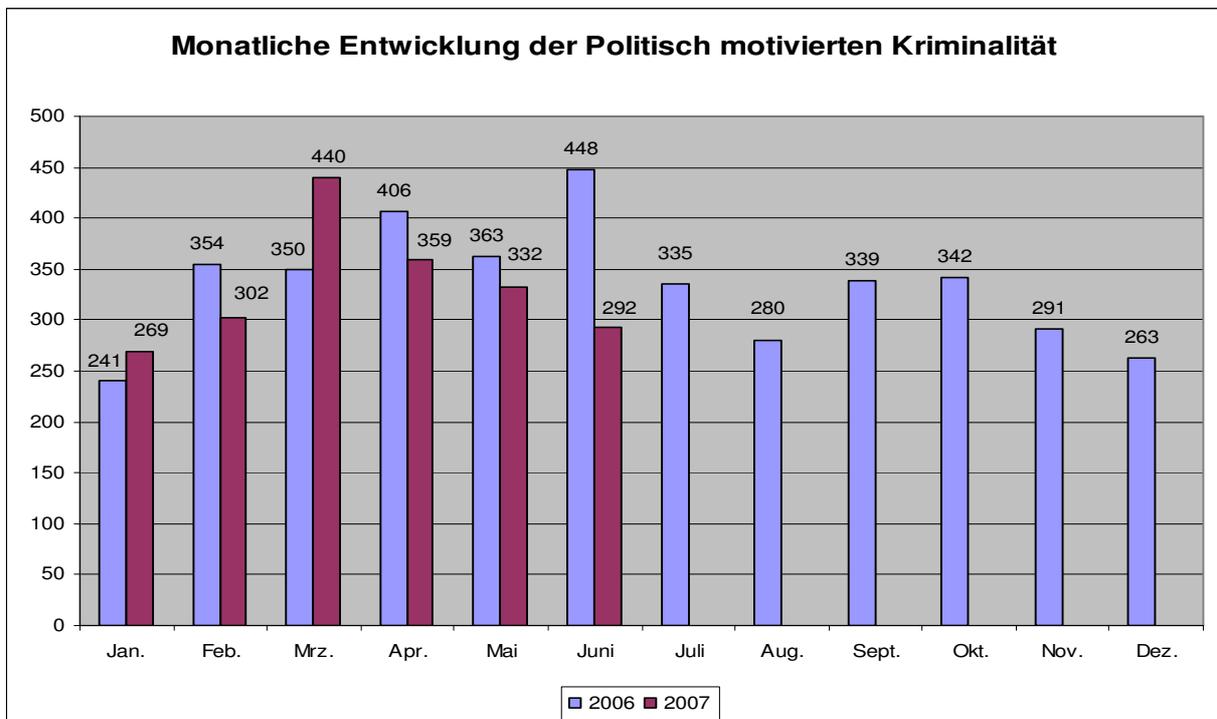
Deliktgruppen	Ausländer			Links			Rechts			Nicht zuzuordnen		
	2007	2006	Diff.	2007	2006	Diff.	2007	2006	Diff.	2007	2006	Diff.
Tötungsdelikte (einschließlich Versuche)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Brand-/Sprengstoffdelikte	5	4	1	5	0	5	1	1	0	0	2	-2
Landfriedensbruchdelikte	1	1	0	24	18	6	5	2	3	0	1	-1
Gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr etc.	1	0	1	0	0	0	0	1	-1	0	0	0
Körperverletzungsdelikte	10	4	6	43	47	-4	65	87	-22	6	7	-1
Widerstandshandlungen	1	0	1	10	20	-10	3	0	3	0	1	-1
Raub/ Erpressung/ Freiheitsberaubung	0	1	-1	2	1	1	1	1	0	0	1	-1
Sexualdelikte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme Gewaltdelikte</b>	<b>18</b>	<b>10</b>	<b>8</b>	<b>84</b>	<b>86</b>	<b>-2</b>	<b>75</b>	<b>92</b>	<b>-17</b>	<b>6</b>	<b>12</b>	<b>-6</b>
Bedrohungen/Nötigungen	9	4	5	10	3	7	13	9	4	1	3	-2
Sachbeschädigungen	5	5	0	112	73	39	29	20	9	16	19	-3
Verstöße gegen §§ 86, 86a StGB	4	2	2	8	6	2	984	1052	-68	90	120	-30
Volksverhetzungen	8	3	5	1	2	-1	197	222	-25	3	3	0
Störung des öffentlichen Friedens	0	3	-3	0	1	-1	0	3	-3	3	5	-2
Beleidigungen	4	1	3	20	33	-13	31	60	-29	8	9	-1
Verstöße gegen das Vereinsgesetz	45	5	40	0	0	0	1	0	1	0	0	0
Verstöße gegen das Versammlungsgesetz	6	1	5	145	112	33	18	6	12	1	4	-3
sonstige Straftaten	8	10	-2	18	20	-2	9	15	-6	4	10	-6
<b>Summe Gesamt</b>	<b>107</b>	<b>44</b>	<b>63</b>	<b>398</b>	<b>336</b>	<b>62</b>	<b>1357</b>	<b>1479</b>	<b>-122</b>	<b>132</b>	<b>185</b>	<b>-53</b>

Tabelle 1: PMK nach Deliktgruppen im Jahresvergleich



Grafik 2: PMK im 1. Halbjahr 2007 nach Phänomenbereichen

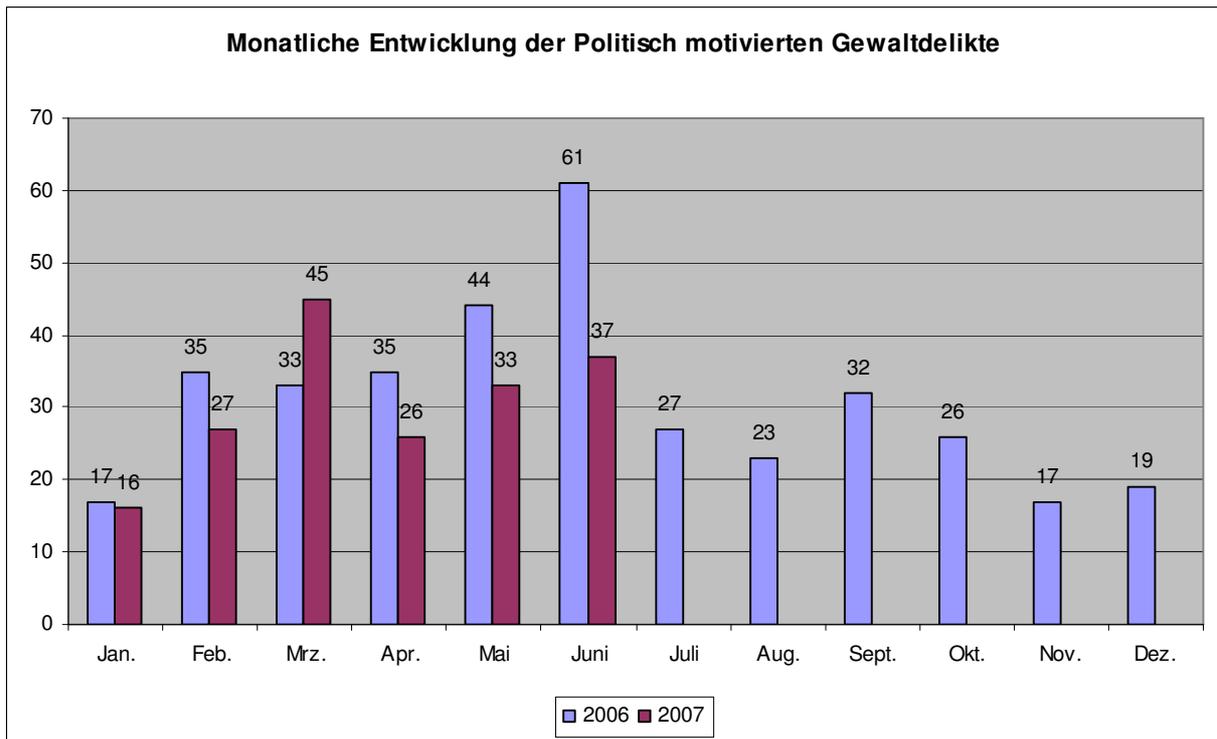
Im Regionalvergleich sind das Ruhrgebiet (Bochum, Dortmund, Essen, Gelsenkirchen und Recklinghausen) sowie Bielefeld, Krefeld und Wuppertal mehr als andere Städte von politisch motivierter Kriminalität betroffen.



Grafik 3: PMK gesamt nach Monaten

## Politisch motivierte Gewaltdelikte sind in Nordrhein-Westfalen um 8,5 Prozent zurückgegangen

Die Zahl der politisch motivierten Gewaltdelikte ist im 1. Halbjahr 2007 um 8,5 Prozent (von 200 auf 183 Straftaten) zurückgegangen, wobei 69,4 Prozent aller Straftaten aufgeklärt werden konnten. So wurden vor allem weniger Körperverletzungen (Rückgang von 145 auf 123 Straftaten) von „rechts“ und „links“ verübt. Der Rückgang der Gewaltdelikte verteilt sich beinahe gleichmäßig auf die einzelnen Phänomenbereiche: Bei der PMK - Rechts (von 92 auf 75 Straftaten) und den nicht zuzuordnenden Straftaten (von 12 auf 6 macht er sich am stärksten bemerkbar, während bei der PMK - Links die Abnahme vergleichsweise gering ausfällt (von 86 auf 84). Einzig im Bereich der PMK - Ausländer ist eine Zunahme der Gewaltdelikte – wenn auch auf niedrigem Niveau – von 10 auf 18 Straftaten festzustellen.



Grafik 4: PMK - Gewalt nach Monaten

## Entwicklung der PMK - Links

Die PMK - Links ist durch Verstöße gegen das Versammlungsgesetz und Sachbeschädigungen bestimmt, die mit 64,5 Prozent (257 von 398 Straftaten) den Großteil der Straftaten ausmachen. Dabei sind im 1. Halbjahr 2007 der Antifaschismus (von 232 auf 218 Straftaten) und die Innen- und Sicherheitspolitik (Rückgang von 202 auf 108 Straftaten) die überwiegenden Motive<sup>2</sup> der Linken gewesen, die Anlass zur Begehung von Straftaten waren. Auffallend ist dabei, dass Demonstrationen und Veranstaltungen die Aktionsräume der Linken sind, bei denen 59 Prozent (238 von 398 Straftaten) aller Straftaten im Bereich PMK - Links und sogar 69 Prozent (58 von 84 Straftaten) aller Gewaltdelikte begangen wurden. Die Aufklärungsquote im Phänomenbereich „Links“ beträgt 45,7 Prozent (Jahr 2006: 43,0 Prozent).

<sup>2</sup> Die Melderichtlinien des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ sehen Mehrfachnennungen bei den Oberthemen vor, so dass eine Straftat mehreren Oberthemen zugeordnet werden kann.

## **Polizei verhindert Ausschreitungen zwischen „Linken“ und „Rechten“**

Der Anstieg der Gewalt durch „Links“ konnte vorerst gestoppt werden. Nach dem Höchststand im 1. Halbjahr 2006 (86 Straftaten) liegen die Gewaltdelikte im 1. Halbjahr 2007 (84 Straftaten) zwar niedriger als im Vorjahr, aber doch noch deutlich über dem Niveau des 1. Halbjahres 2005 (43 Straftaten). Bei den 84 Gewaltdelikten, die durch Linke begangen wurden, handelt es sich um Brand- und Sprengstoffdelikte (5), Landfriedensbrüche (24), Körperverletzungen (43), Widerstandshandlungen (10) und Raub (2). Dabei wird die Anwendung von Gewalt als legitimes Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele verstanden. Diese richtete sich im 1. Halbjahr 2007 sowohl gegen Rechte (42 Straftaten), die zum traditionellen Feindbild der Linken gehören, als auch zunehmend gegen die Polizei (41 Straftaten), die bei demonstrativen Handlungen das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit schützt. Linke sind hierbei die Handelnden in den Auseinandersetzungen, die gezielt die Konfrontation suchen und nicht erst auf Provokationen der Gegenseite warten. Dabei werden nicht nur Gewaltdelikte, sondern auch Verstöße gegen das Versammlungsgesetz begangen, indem etwa verbotene Gegenstände mitgeführt werden oder sich die Täter verummern. Das Ziel, die Rechten bei ihren Aktivitäten zu behindern, führt immer wieder zu neuen Angriffszielen und Taktiken. So wurden als Reaktion auf die bundesweiten Aktionstage der NPD zum G8-Gipfel deren Infostände verstärkt angegriffen, was beispielsweise in Grevenbroich und Hagen zu gewalttätigen Ausschreitungen geführt hat. Diese neue Taktik war überregional koordiniert und organisiert. Die Täter reisten aus den Nachbarstädten mit Zügen an und versuchten ihre Angriffe unerkannt durchzuführen.

## **Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität – Rechts**

Die PMK - Rechts ist durch Propagandadelikte und Volksverhetzungen bestimmt, die mit 87 Prozent (1.181 von 1.357 Straftaten) den überwiegenden Anteil ausmachen. Dabei waren im 1. Halbjahr 2007 der Nationalsozialismus/Sozialdarwinismus (Rückgang von 1.163 auf 1.075 Straftaten), die Hasskriminalität (Rückgang von 461 auf 321 Straftaten) und die Auseinandersetzung mit Links (Anstieg von 59 auf 71 Straftaten) die hauptsächlichen Tatmotive. Die Aufklärungsquote im Phänomenbereich „Rechts“ beträgt 39,4 Prozent (Jahr 2006: 42,7 Prozent).

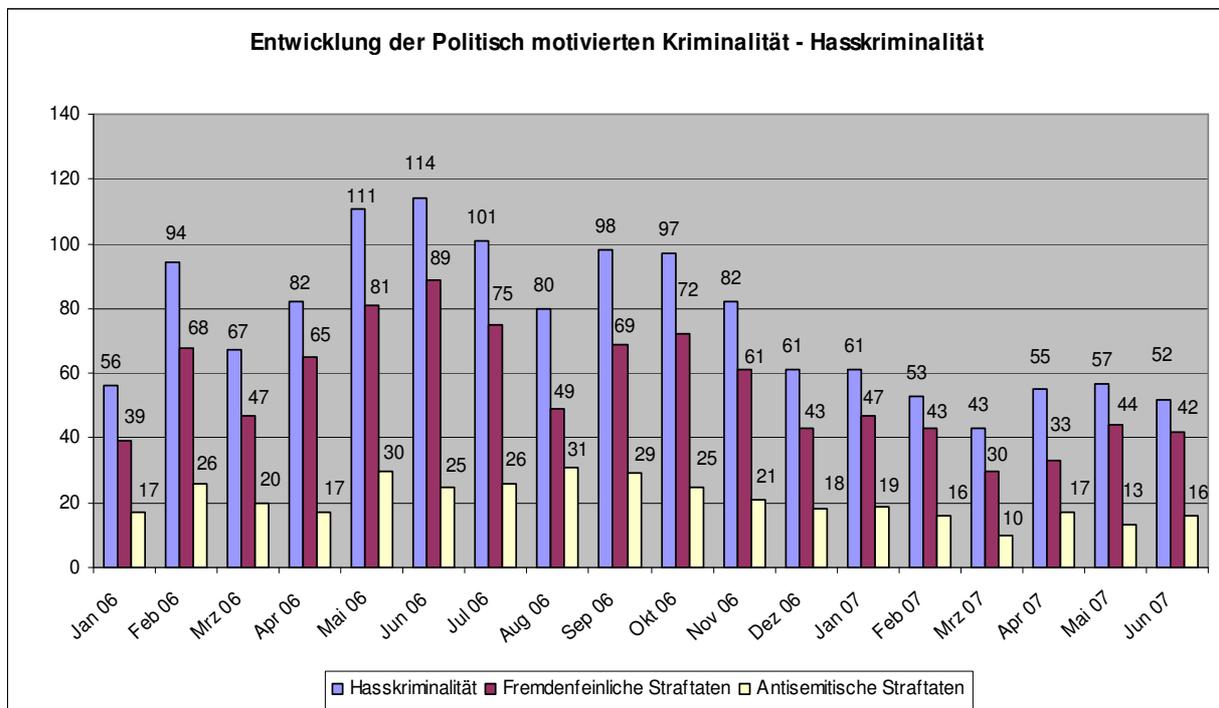
## **Rückgang der Gewaltkriminalität durch „Rechte“**

Die Gewalt durch „Rechts“ ist um 18,5 Prozent zurückgegangen. Nach dem Höchststand im 1. Halbjahr 2006 (92 Straftaten) liegen die Gewaltdelikte im 1. Halbjahr 2007 (65 Straftaten) zwar deutlich niedriger als im Vorjahr, aber noch über dem Niveau des 1. Halbjahres 2005 (57 Straftaten). Bei den 75 Gewaltdelikten sind Körperverletzungen (65) nach wie vor die Straftaten, mit denen die Rechten fast ausschließlich in Erscheinung treten. Darüber hinaus wurden folgende Delikte bekannt: Branddelikte (1), Landfriedensbrüche (5), Widerstandshandlungen (3) und Raub (1). Dabei verstehen Rechte Gewalt als „Naturrecht“ und legitimes Mittel zur Erreichung ihrer Ziele. Diese geistige Einstellung begünstigt den Einsatz von Gewalt gegen Fremde, Andersdenkende oder sonstige missliebige Personen und richtet sich vor allem gegen vermeintlich sozial schwächere Bevölkerungsgruppen. Dabei kann die Androhung von Gewalt auch ein Mittel zur Disziplinierung von Kameraden oder Abtrünnigen innerhalb der rechten Gruppen selbst sein. Diese ideologisierte, gewaltorientierte Handlungsbereitschaft wird zusätzlich durch die enthemmende Wirkung von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln begünstigt. Waren 2006 noch 18 Prozent der Tatverdächtigen alkoholisiert, so sind es im 1. Halbjahr 2007 bereits 23 Prozent gewesen. Noch alarmierender ist jedoch der festgestellte Einfluss von Betäubungsmitteln: Die Auswertung von Ermittlungsakten hat ergeben, dass 12 Prozent der Tatverdächtigen Konsumenten von Drogen sind. Eine denkbare Ursache könnte die für Rauschgiftkonsumenten übliche „Flucht in Scheinwelten“ sein, die sich insbesondere bei der Bewältigung von Alltagskonflikten als scheinbarer Ausweg anbietet. Dies wäre im Einklang mit dem übrigen Verhalten dieser Personen, die sich in ihre eigene Musikwelt flüchten und in Ausländern und „Rangniedereren“ die vermeintliche Schuldigen für ihr eigenes Scheitern sehen.

## **Hasskriminalität durch Rechte in Nordrhein-Westfalen ist um 21 Prozent zurückgegangen**

Die Hasskriminalität von Rechts ist im 1. Halbjahr 2007 um 21 Prozent (von 461 auf 321 Straftaten) zurückgegangen, wobei auch hier die Propagandadelikte (67) und Volksverhetzungen (159) nach wie vor den größten Anteil stellen. Dabei gibt der Rückgang fremdenfeindlicher Straftaten (von 385 auf 239 Straf-

taten) den zahlenmäßigen Ausschlag für diesen Trend, der sich auch bei den Gewaltdelikten (von 53 auf 38 Straftaten) bemerkbar macht. Diese Straftaten wurden häufig in der Region „Ruhrgebiet“ begangen. Die Aufklärungsquote im Bereich der fremdenfeindlichen Straftaten beträgt 71,1 Prozent.



Grafik 5: Themenbereiche nach Monaten

Ideologie und Propaganda der Nationalsozialisten waren getragen von der Ablehnung des Fremden und der vermeintlichen Überlegenheit der eigenen Rasse. Dies ist auch der ideologische Nährboden der Neonazis und anderer Rechtsextremisten, die mit scheinbar plausiblen und schlüssigen Erklärungsangeboten aufwarten, die teilweise in der Mitte der Gesellschaft<sup>3</sup> angekommen sind. Die Mehrzahl der „rechten“ Straftäter verfügt demgegenüber über kein geschlossenes Weltbild, allenfalls können sie Ideologieversatzstücke benennen. Die Legitimität von Gewalt und Ablehnung des Fremden sind dabei zwei wesentliche Merkmale, die zur Kompensation der gefühlten Bedrohung der eigenen Existenz durch wirtschaftliche und soziale Nachteile angenommen werden. Dabei richtet sich Gewalt von Rechten jedoch fast ausschließlich gegen Ausländer, die ein südländisches, afrikanisches oder arabisches Aussehen haben. Diese werden von ihnen als statusniedriger empfunden, während Ausländer aus Industrienationen eher seltener zu den Opfern zählen, weil sie als gleichwertig anerkannt werden. Neben diesen Erklärungsansätzen sind auch gruppendynamische Prozesse und eskalierende Alltagskonflikte für die Gewaltbereitschaft von Rechten verantwortlich<sup>4</sup>. Die Hasskriminalität wird somit auch weiterhin die Kriminalität von „Rechts“ bestimmen, da die Ablehnung des Fremden und die Höherbewertung der eigenen Rasse die Grundpfeiler der Ideologie der Rechten sind.

Der historischen Verantwortung der Deutschen zur Bekämpfung des Antisemitismus kommt eine besondere Bedeutung zu, die sich nicht alleine am Straftatenaufkommen messen lässt, sondern zusätzliche An-

<sup>3</sup> Decker, O., Brähler, E. & Geißler, N. (2006). *Vom Rand zur Mitte, Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Linz: Friedrich Ebert Stiftung, Forum Berlin.

<sup>4</sup> Universität Trier unter Begleitung des Landeskriminalamtes NRW (2003). *Täter-Opfer-Konstellation und Interaktion im Bereich fremdenfeindlicher, rechtsextremistischer und antisemitischer Gewaltdelikte*. Studie

forderungen an die Wachsamkeit und Sensibilität der Sicherheitsbehörden gegenüber antisemitischen Tendenzen stellt. Die Rechten zeigen dabei neue Taktiken beim Umgang mit dem Antisemitismus: Sie setzen sich verstärkt mit der historischen Verantwortung der Deutschen auseinander, verfolgen dabei aber das Ziel, die Ablehnung des Gedenkens zu fördern. Langzeiterhebungen für die Jahre 2001 bis 2005 haben ein gleich bleibendes Niveau – mit leichten Schwankungen in den Fallzahlen – bei antisemitischen Straftaten festgestellt. Diese sind im 1. Halbjahr 2007 um 21,4 Prozent (1. Halbjahr 2006: 131 Delikte, 1. Halbjahr 2007: 103 Delikte) zurückgegangen. Die Verteilung auf die Phänomenbereiche ist im Vergleich zu den letzten Jahren nahezu unverändert: 88 Prozent (91 Straftaten) sind der Politisch Motivierten Kriminalität - Rechts zuzuordnen, weitere 9 Delikte entfallen auf den Phänomenbereich der Politisch Motivierten Ausländerkriminalität und 3 Delikte auf den Bereich „Sonstige/Nicht zuzuordnen“. Die Anzahl der antisemitischen Gewaltdelikte (Körperverletzungen) ist von 3 auf 4 Straftaten angestiegen.

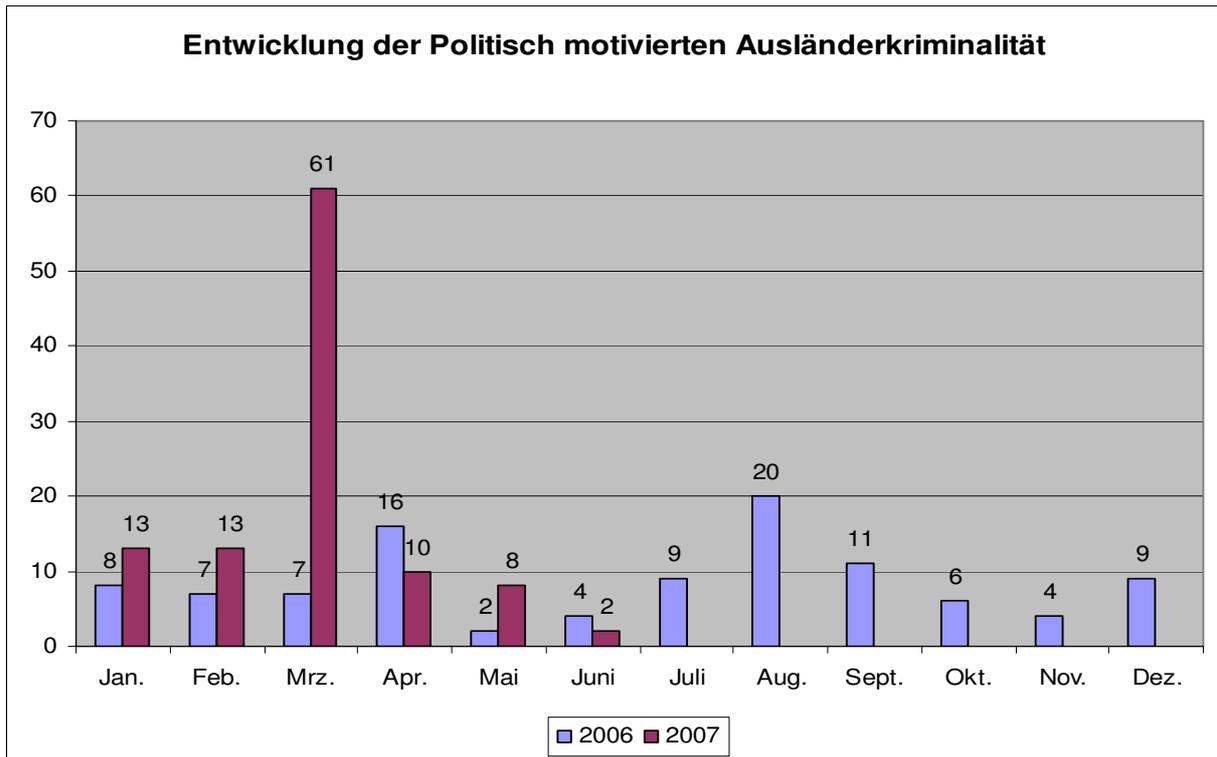
Die Anzahl der Angriffe von Rechten auf Linke ist unverändert hoch, aber es wurden weniger Gewaltdelikte verübt. Im 1. Halbjahr 2007 sind 71 Straftaten (1. Halbjahr 2006: 70 Delikte) bekannt geworden. Der Anteil der Gewaltdelikte beträgt 38 Prozent (Rückgang von 38 auf 27 Straftaten), bei denen es sich überwiegend um Körperverletzungen (23) handelt. Die Linken zählen traditionell zu dem Feindbild der Rechten, deren grundsätzlich entgegenstehenden politischen Weltanschauungen sich schon seit dem 19. Jahrhundert nachvollziehen lassen. Dabei beobachten sich die rivalisierenden Parteien genau und gehen häufig planvoll vor, so dass weniger Spontaneität in der Tatausführung vorliegt. Feindschaften und Racheakten kommt somit eine besondere Bedeutung bei. Gerade diese persönlich motivierten Straftaten lassen sich auf archaische Rituale zurückführen, die zwischen rivalisierenden männlichen Gruppen stark ausgeprägt sind. Trotzdem lassen sich Konfrontationen zwischen Rechten und Linken verhindern, wie es der Polizei bei Demonstrationen durch die Umsetzung bewährter Einsatzkonzepte gelingt.

### **Die „Rechten“ bedienen sich zunehmend der Taktiken der „Linken“.**

So wurde beobachtet, dass die Mitglieder der ‚Autonomen Nationalisten Dortmund‘ nach dem Vorbild des „Schwarzen Blocks“ auftreten. Schwarz gekleidet, mit Sonnenbrillen und Vermummung nehmen sie an Demonstrationen teil und sind ihrem äußeren Erscheinungsbild nach nicht mehr von Linken zu unterscheiden. Dies führt bei den Linken zu Irritationen, da das klassische martialische Outfit mit kurz geschorenen Haaren und Springerstiefeln nicht mehr zwangsläufig zur rechten Szene gehört. Zudem werden klassische Themen des Linksextremismus (etwa Kapitalismus- und Globalisierungskritik) besetzt, um sich und ihre Ideen als Alternativen zu den bisherigen – vermeintlich erfolglosen – Lösungsansätzen zu präsentieren. Die Aufklärungsquote im Oberthema „Konfrontation Rechts/Links“ beträgt im 1. Halbjahr 2007 insgesamt 53,5 Prozent.

### **Entwicklung der Politisch motivierten Ausländerkriminalität**

Die Anzahl der Straftaten im Bereich der PMK - Ausländer ist im 1. Halbjahr 2007 bereits höher als im gesamten Jahre 2006 (107 zu 103 Straftaten). Diese Entwicklung ist durch den Anstieg der Verstöße gegen das Vereinsgesetz und der Körperverletzungsdelikte verursacht, die mit 50 Prozent (54 von 107 Straftaten) die bestimmenden Deliktgruppen bilden. Köln war mit etwa der Hälfte aller Straftaten (51 von 106 Delikten) am stärksten betroffen, da im Rahmen einer Durchsuchung bei einem dort wohnhaften Aktivist der verbotenen ‚Arbeiterpartei Kurdistans‘ (PKK, heute: KONGRA-GEL) zahlreiche Spendengeldquittungen und Buchführungsbelege aufgefunden und sichergestellt wurden. Daraus resultierten 40 Ermittlungsverfahren wegen des Verdachtes des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz gegen die teilweise bekannten Geldspender. Es zeigt sich der Trend, dass das Aktionsverhalten der Tatverdächtigen im Bereich der PMK - Ausländer von den Konflikten in ihren Herkunftsländern geprägt ist, was sich zahlenmäßig insbesondere beim Oberthema „Befreiungsbewegungen/Internationale Solidarität“ (Anstieg von 14 auf 69 Straftaten) realisiert. Die Aufklärungsquote beträgt 39,4 Prozent (Jahr 2006: 52,4 Prozent).



Grafik 6: PMK-Ausländer im Monatsverlauf

Die Gesamtzahl der Straftaten im Bereich PMK - Ausländer liegt insgesamt auf einem niedrigen Niveau; es sind häufig Einzelsituationen – in der Regel mit vereinsrechtlichem Hintergrund – die eine Erhöhung der Fallzahlen auslösen.

### **Polizei in Nordrhein-Westfalen hat kurdische Tatverdächtige von Brandanschlagsserie auf türkische Einrichtungen ermittelt**

Der Anstieg der Gewalt durch Tatverdächtige aus diesem Phänomenbereich hat sich – wenn auch auf niedrigem Niveau – fortgesetzt. Nach dem sprunghaften Anstieg im 1. Halbjahr 2006 (von 15 auf 23 Straftaten) konnte diese Entwicklung nicht gestoppt werden. Es ist zu vermuten, dass auch hier verstärkt die Anwendung von Gewalt als legitimes Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele verstanden wird. Die im 1. Halbjahr 2007 in Nordrhein-Westfalen verübten Gewalttaten (einschließlich Versuche) verteilen sich auf folgende Delikte: Branddelikte (5), Landfriedensbrüche (1), Gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr (1), Körperverletzungen (11) und Widerstände (1). Angehörige und Sympathisanten der PKK sind mit 11 Gewaltdelikten besonders in Erscheinung getreten. Beispielsweise wurden im Februar und März 2007 fünf Brandanschläge auf türkische Einrichtungen in Bottrop, Dortmund und Hagen verübt. Die Polizei ermittelte bei den Brandanschlägen in Dortmund 10 Tatverdächtige, bei denen es sich um Kurden im Alter zwischen 17 und 25 Jahren handelt, die im persönlichen Umfeld mit den Zielen der PKK vertraut gemacht wurden. Darunter befindet sich auch der vermutliche Rädelsführer. Als Angriffsziele waren entweder türkische Reisebüros, Banken, Vereinsräume und Moscheen oder medienwirksame Verkehrsflächen ausgesucht worden. Die Brandanschlagsserie verdeutlicht: Während der KONGRA-GEL sich entsprechend dem propagierten Friedenskurs in Europa betont gewaltfrei verhält, scheint die erhöhte Gewaltbereitschaft der kurdischen Jugendlichen organisationsintern gebilligt zu werden.

## **Einbeziehung der Muslime in die Präventionsarbeit: Landeskriminalamt NRW führt Auftaktveranstaltung „Gemeinsam für Vertrauen – gemeinsam gegen Extremismus und Gewalt“ durch**

Die hohe Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus in Nordrhein-Westfalen lässt sich auch im 1. Halbjahr 2007 nicht alleine an den 13 bekannt gewordenen Straftaten messen, bei denen es sich überwiegend um Bedrohungen (4) und sonstige Straftaten (5) handelt. Insbesondere die europaweit festzustellende Zunahme des „islamisierten“ Antisemitismus unter Jugendlichen arabischer und türkischer Herkunft ist eine neue Herausforderung. Daher setzt die Präventionsarbeit an den Ursachen von Radikalisierungsprozessen an, wozu die Einbeziehung der in Deutschland lebenden friedliebenden Muslime unverzichtbar ist. Denn einzig die muslimischen Verbände und Organisationen haben die Erfolg versprechende Möglichkeit, den Extremisten und Terroristen in der innerislamischen Auseinandersetzung die Legitimation ihres Denkens und Handelns zu entziehen. Aus diesem Anlass hat das Landeskriminalamt NRW am 28. April 2007 die Auftaktveranstaltung „Gemeinsam für Vertrauen – gemeinsam gegen Extremismus und Gewalt“ ausgerichtet, an der über 200 Vertreter von Moscheengemeinden und Polizeibehörden teilnahmen. Dort wurden neben Diskussionsrunden auch mehrsprachige Informationsbroschüren mit gleichnamigem Titel ausgelegt, die zukünftig in Moscheen verteilt werden.

### **1.5.2 Bericht des Justizministeriums**

#### **Verfahren wegen rechtsextremistischer Aktivitäten**

Bei den Staatsanwaltschaften des Landes sind im ersten Halbjahr 2007 insgesamt 2100 einschlägige Verfahren neu anhängig geworden. In dieser Zeit ist in 311 Verfahren gegen 412 Personen Anklage erhoben bzw. Antrag auf Erlass eines Strafbefehls gestellt worden. Rechtskräftig verurteilt wurden 153 Personen; 12 Angeklagte wurden freigesprochen. Gegen 109 Personen wurde das Verfahren von dem erkennenden Gericht eingestellt bzw. die Untersuchung auf nicht einschlägige Straftaten beschränkt.

#### **Verfahren wegen linksextremistischer Aktivitäten**

Wegen Straftaten, deren Ursprung dem Bereich des Linksextremismus zuzuordnen ist, haben die Staatsanwaltschaften im Berichtszeitraum insgesamt 219 Verfahren neu eingeleitet. In der Zeit vom 1. Januar 2007 bis zum 30. Juni 2007 ist in 65 Verfahren gegen 67 Personen Anklage erhoben bzw. Antrag auf Erlass eines Strafbefehls gestellt worden. Rechtskräftig verurteilt wurden 15 Angeklagte; 11 angeklagte Personen wurden freigesprochen. Gegen 16 Personen wurde das Verfahren von dem erkennenden Gericht eingestellt bzw. die Untersuchung auf nicht einschlägige Straftaten beschränkt.

## 2 Systemgegner im System – die parlamentarische Präsenz von Extremisten

Seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland sieht sich die freiheitliche demokratische Grundordnung ideologischen Angriffen extremistischer Kräfte von links und von rechts ausgesetzt. Besonders problematisch ist die Lage dann, wenn sich die Feinde der Demokratie – legitimiert durch demokratische Wahlen – in Parlamenten befinden. So stellt sich die verständliche Frage: Muss wehrhafte Demokratie extremistische Kräfte aushalten können und wie geht sie mit ihnen um?

In diesem Beitrag soll am Beispiel der NPD gezeigt werden, wie, warum und mit welchem Erfolg erklärte Feinde der parlamentarischen Demokratie die freiheitliche demokratische Grundordnung herausfordern und wie dieser Herausforderung begegnet werden kann. In diesem Zusammenhang stellt sich auch für den Verfassungsschutz die Frage, wie mit gewählten und erkannten Verfassungsfeinden in Parlamenten umzugehen ist. Die NPD wurde als Beispiel gewählt, da sie gegenwärtig die am besten organisierte, erfolgreichste – und damit für die Demokratie gefährlichste – rechtsextremistische Partei in Deutschland ist.

### 2.1.1 Die NPD – Der Kampf gegen das „System“

Wie kaum eine andere Partei macht die NPD aus ihrer Gegnerschaft zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung keinen Hehl. Auf die Frage, ob die extremistische Rechte eine Alternative innerhalb des parlamentarisch-demokratischen Systems oder eine Alternative zu diesem System anbietet, gab der Vorsitzende der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag und stellvertretende Bundesvorsitzende Holger Apfel folgende Antwort:

*„[W]ir werden einen Teufel tun, uns von unseren Gegnern ins Hamsterrad der parlamentarischen Niederungen stecken zu lassen. Grundsätzlich gilt für unsere Arbeit: Wir sind nicht der Reparaturbetrieb eines untergehenden Systems. Unseren politischen Einsatz leisten wir für die Demokratie im Sinne einer Herrschaft des Volkes und nicht der zur Zeit herrschenden parlamentarischen Demokratie [...]“<sup>5</sup>*

Die NPD-Nachwuchsorganisation ‚Junge Nationaldemokraten‘ (JN) kommt zu einem ähnlichen Ergebnis, wenn sie formuliert:

*„Das bedeutet die Erkenntnis, daß das System [...] schlecht ist. Die Konsequenz daraus heißt nun logischerweise, daß man dieses System nicht reformieren kann, sondern beseitigt und durch etwas Neues ersetzt werden muß. Eine solche Vorgehensweise nennt man üblicherweise Revolution. [...] In Verbindung mit der zunehmenden Verschärfung der sozialen Frage wird die Revolution wahrscheinlich, und die Chance für eine revolutionäre Kampfpartei wird zunehmen. Dann wird der organisierte Nationalismus vom Objekt zum Subjekt der Politik, vom Verteidiger zum Angreifer!“<sup>6</sup>*

Die NPD äußert ihre verfassungsfeindlichen Ziele aber nicht nur verbal. Sie will diese im Rahmen ihres sogenannten „Drei-Säulen-Konzepts“ auch umsetzen. Neben dem ideologischen „Kampf um die Köpfe“ zählen dazu der „Kampf um die Straße“ (Demonstrationen) und der „Kampf um die Parlamente“ (Beteiligung an Wahlen). Welches Ziel – nämlich die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – die NPD mit der Beteiligung an Wahlen verfolgt, zeigt das nachfolgende Zitat aus der Parteizeitung (Deutsche Stimme, 03/204, S. 1):

---

<sup>5</sup> Quelle: Mitteilungsblatt ‚Klartext - Informationen der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag‘, beigefügt in der Februar-Ausgabe 2006 der Parteizeitung ‚Deutsche Stimme‘

<sup>6</sup> Quelle: [www.jn-buvo.de](http://www.jn-buvo.de) Beschluss des JN-Bundesvorstands vom 28.01.2006

„Keiner von uns kennt den unfehlbaren Weg, den Systemwechsel zu erzwingen. Sicher ist, dass es zwei Möglichkeiten gibt: Den parlamentarischen Weg, den z.B. die NPD beschreitet, und den außerparlamentarischen Weg der Fundamentalopposition.“

Die NPD-Führung hat jedoch erkannt, dass sie ihre politischen Ziele nicht allein durchsetzen kann; dazu ist sie selbst zu schwach. Der Parteivorsitzende Udo Voigt hat daher die Partei systematisch zur Neonazi-Szene geöffnet („Volksfront von rechts“) und ein Wahlbündnis mit der ‚Deutschen Volksunion‘ (DVU) geschlossen („Deutschlandpakt“). Gleichzeitig hat der Parteivorsitzende der Partei ein neues („modernes“) politisches Erscheinungsbild gegeben. Die Schwerpunktthemen der NPD wie Ausländerfeindlichkeit und Revisionismus wurden zu Gunsten einer (Neu)Positionierung als „soziale & nationale Protestpartei“ modifiziert und ergänzt. Dies zeigen beispielhaft die Wahlplakate der NPD aus dem Landtagswahlkampf in NRW im Jahre 2005:



Wahlplakate der NPD zur Landtagswahl NRW 2005

Bei dieser Wahl war die NPD jedoch mit einem Wahlergebnis von nur 0,9 % sogar hinter ihrem Minimalziel, der Beteiligung an der staatlichen Parteienfinanzierung, zurückgeblieben. Wahlkampfkostenerstattung setzt ein Ergebnis von mindestens 1% voraus.

Ihr neues politisches Konzept setzte die NPD erstmals erfolgreich bei der Landtagswahl 2004 in Sachsen um. Dort hatte sie mit einer flächendeckenden Struktur von Kreisverbänden und der Nominierung von „vorzeigbaren“ Parteifunktionären – bei gleichzeitiger Einbindung von Angehörigen der Neonazi-Szene – die organisatorischen Voraussetzungen für einen Wahlerfolg geschaffen und zwar zunächst auf kommunaler Ebene. Als „glücklicher Umstand“ von außen erwies sich – aus Sicht die NPD – die Tatsache, dass die politische und gesellschaftliche Debatte um die sogenannten Hartz IV-Reformen ihren Höhepunkt erreicht hatten. Dieses Thema hatte die NPD zum Schwerpunkt des Wahlkampfes gemacht:



Wahlplakate der NPD

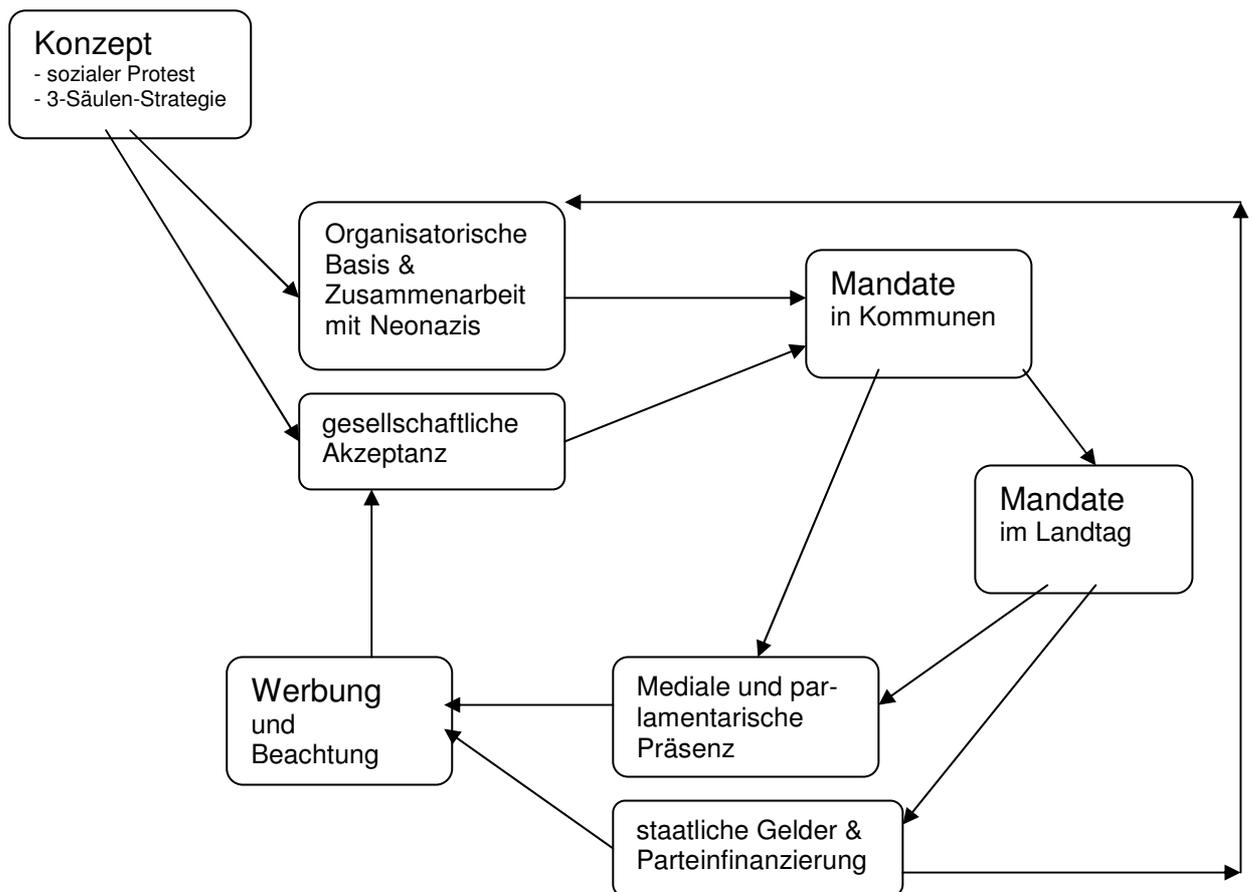
Bei der Landtagswahl in Sachsen am 19. September 2004 konnte die NPD schließlich zum ersten Mal seit 1968 wieder in ein Landesparlament einziehen. Sie erzielte 9,2% Prozent der Stimmen und zog mit 12 Abgeordneten in Fraktionsstärke in den sächsischen Landtag ein.

Diesen Erfolg wiederholte die NPD bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 17. September 2006. Sie erzielte 7,3% der Stimmen und bildete mit 6 Abgeordneten eine Fraktion im Landtag von Meck-

lenburg-Vorpommern. Bei dieser Wahl hatte die NPD massiv auf die Unterstützung der Neonazi-Szene gesetzt.

Die Wahlerfolge haben gravierende Auswirkungen auf die Arbeit der NPD. Sie verschaffen der Partei einerseits eine parlamentarische und mediale Plattform für ihre Propaganda und andererseits bedeuten sie einen erheblichen finanziellen Zugewinn. So finanziert sich die NPD laut aktuellem Rechenschaftsbericht für das Jahr 2005 mit einem Betrag von 1,23 Mio Euro zu 41,8% aus staatlichen Mitteln (staatliche Parteienfinanzierung und Fraktionsgelder).

Wie sich die staatliche Parteienfinanzierung, die mediale Aufmerksamkeit und die Präsenz in den Parlamenten in einem Beziehungsgeflecht gegenseitig beeinflussen, veranschaulicht das folgende Diagramm:



Hier wird deutlich, dass die oben genannten Faktoren einander bedingen: Ohne Wahlerfolge keine Mandate, ohne Mandate keine staatlichen Finanzierung, ohne ausreichende finanzielle Basis keine propagandistische Werbung und damit geringere Öffentlichkeitswirkung. Die einzelnen Faktoren werden letztendlich beeinflusst durch die gesellschaftliche Akzeptanz der NPD als Wahlpartei. Entfällt aber die gesellschaftliche Akzeptanz, würden die wesentlichen Faktoren für den Erfolg weg brechen.

### Die Situation der NPD in NRW

Entwicklungen, wie sie sich in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern darstellen, sind bislang in NRW nicht zu beobachten. Zwar gibt es auch hier eine relativ enge Zusammenarbeit mit Neonazis, sie bleibt aber zurzeit eher punktuell. So gibt es zwischen dem NPD-Kreisverband Düren und den Angehörigen der örtlichen Neonazi-Szene eine besonders enge Verzahnung. Der stellvertretende KV-

Vorsitzende ist gleichzeitig der Führer der örtlichen Kameradschaft.

Die NPD verfügt in NRW nur über relativ wenige kommunale Mandate. Bei der letzten Kommunalwahl in NRW im Jahre 2004 errang sie in 11 kommunalen Parlamenten (Kreistag, Stadtrat, Bezirksvertretung) insgesamt 15 Mandate; bei der Größe des Landes eine ausgesprochen geringe Zahl. Da die NPD aber auch nur in 13 Gemeinden angetreten war, darf dieses Ergebnis nicht unterschätzt werden. Es zeichnet sich ein entscheidender Lernprozess im NPD-Landesverband ab. Die Partei hat erkannt, dass sie in fast allen Kommunen, in denen sie 2004 zur Wahl angetreten war, auch mindestens 1 Mandat erzielt hat. Deswegen hat sich der Landesverband zum Ziel gesetzt, möglichst flächendeckend bei der Kommunalwahl 2009 anzutreten; sie arbeitet intensiv und zielgerichtet darauf hin!

Im Jahre 2007 wurden mindestens 5 Kreisverbände neu gegründet bzw. vom Ortsverband zum selbständigen Kreisverband aufgewertet, so dass die NPD im Juli 2007 in 45 der 54 Kreise und kreisfreien Städte in NRW über arbeitsfähige Strukturen verfügt. Dies ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen flächendeckenden Wahlantritt.

Der NPD ist es in NRW allerdings noch nicht gelungen, gesellschaftliche Akzeptanz zu gewinnen und geeignetes Führungs- und Funktionärspotenzial sowohl auf Kreis- wie auch auf Landesebene zu rekrutieren. Daran haben auch die sonstigen Bemühungen des Landesverbandes, wie die Gründung eines eigenen Landesverbandes des ‚Ringes Nationaler Frauen‘ (RNF), die (versuchte) Wiederbelebung der Strukturen der ‚Jungen Nationaldemokraten‘ (JN) in NRW, der Eintritt zahlreicher jüngerer Parteimitglieder und der Versuch, eine Hartz IV-Beratung durch den Landesverband aufzuziehen wenig geändert.

Dies führt auch dazu, dass die Veranstaltungen der Partei in NRW, zu denen Balladenabende, Demonstrationen, Vortragsveranstaltungen, Infostände und Mahnwachen und Interessentenveranstaltungen gehören, im Wesentlichen „unter Ausschluss“ der Öffentlichkeit bzw. im eigenen Dunstkreis stattfinden.

Diese Feststellung mag auf den ersten Blick beruhigen, gibt jedoch keinen Anlass für Entwarnung. Sie fordert eine fortwährende und ernsthafte Auseinandersetzung aller demokratischen Kräfte mit dem Phänomen des Extremismus und den Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung. Die Auseinandersetzung damit kann sich jedoch nicht allein auf die Forderung nach Änderung und Verschärfung der bestehenden Gesetze oder auf Verbotsforderung beschränken. Wer die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus als weniger wichtig ansieht oder gar verwirft, dem Schutz der Demokratie bereits im Vorfeld einer konkreten Gefährdung eine Absage erteilt und erst dann Sanktionsmechanismen vorsieht, wenn die Gewaltgrenze tangiert ist, kann ebenso wenig Erfolge für die Demokratie erwarten wie derjenige, der schon die pure Existenz von Extremisten zum Anlass für Verbote oder Gesetzesverschärfung nimmt. Die oft gebrauchte Formel „Keine Freiheit den Feinden der Freiheit“ ist daher ebenso wenig zur Extremismusabwehr geeignet wie die Formel „Gleiche Freiheit den Feinden der Freiheit“, die die offene Gesellschaft weitgehend wehrlos zurück lässt. Auch Extremisten dürfen in einem Rechtsstaat nicht für rechtlos erklärt werden, die Menschen- und Grundrechte gelten selbstverständlich ebenso für sie. Die Formel einer streitbaren Demokratie zum Umgang mit „Systemgegnern im System“ muss demzufolge heißen „Keine Freiheit zur Abschaffung der Freiheit“.

So sehr Rechtsextremisten sich auch bemühen, ihrem Erscheinungsbild ein modernes und zeitgenössisches Gewand zu geben, zeigen die immer wiederkehrenden Äußerungen (für den NPD-Bundesvorsitzenden ist Hitler ein großer Staatsmann) deutlich, dass sie sich von ihren traditionellen rechtsextremistischen Ideologieelementen nicht lösen. Dies Beharrungsvermögen zeigt aber auch, dass weder rechtsextremistisches Denken noch Rechtsextremisten von der Straße und aus den Parlamenten mit einem Ruck entfernt werden können. Rechtsextremismus lässt sich mit Verbotsverfahren und einer Verschärfung des Versammlungsrechts allein nicht wirksam bekämpfen. Dies sind wichtige Bausteine im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Mindestens genauso wichtig ist aber die Aufklärung der Öffentlichkeit, insbesondere der Jugendlichen über die menschenverachtende Ideologie der Rechtsextremisten. Mündige Bürger und Bürgerinnen sind in der Lage, sich wirksam gegen Rassismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit zur Wehr zu setzen und die hohlen Phrasen der Rechtsextremisten zu entlarven. Nur wer die Gefahr kennt, kann ihr wirksam begegnen, damit der Rechtsextremismus keine Chance hat.

Die skizzierten Entwicklungen machen deutlich, mit welchen Normalisierungseffekten in die Gesellschaft hinein wir es zu tun haben. Staat, Politik und Zivilgesellschaft sowie die öffentliche Kommunikation werden sich – weg von kurzfristiger öffentlicher Empörung – unaufgeregt und langfristig mit diesem Phänomen auseinandersetzen müssen. Dabei geht es um eine seriöse Erörterung von politischen, sozialen und kulturellen Ursachen dieses Phänomens, um politisches Handeln und die Präsenz aller demokratischen und gesellschaftlichen Kräfte.

Im parlamentarischen Raum wird die Frage gestellt werden müssen, wie mit den antidemokratischen Kräften umgegangen werden sollte. Dabei reicht die Palette von schweigender Verachtung, Ignorieren und Gelassenheit bis hin zur Entlarvung (die ideologische Maske vom Gesicht reißen) und sicherer, selbstbewusst-dechiffrierender Auseinandersetzung mit den Themen und dem Suchen nach scheinbar einfachen Lösungen rechter Parteien. Welcher Weg auch immer einzuschlagen ist, eines steht sicherlich fest: Es muss eine politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus erfolgen. Ein bloßes Verdrängen dieses Phänomens oder das Hoffen auf den Selbstauflösungsprozess extremistischer Parteien ist gefährlich. Extremistische Parteien nutzen vermehrt aktuelle sozialpolitische Themen und versuchen, sie mit vermeintlichen Lösungen zu verquicken. Hier sollte es Antworten auf berechtigte Fragen und Sorgen geben, hier kommt es auf die Überzeugungskraft demokratischer Parteien an. Die jüngsten Entwicklungen im Bereich „Extremismus“ haben gezeigt, dass für extremistische Parteien die kommunale Verankerung und der Ausbau einer Basisarbeit ein wichtiger Bestandteil ihrer Strategie geworden ist. Der Weg in die Landesparlamente führt über die Rathäuser. Hier gilt es auch auf kommunaler Ebene diesem Phänomen konsequent und dauerhaft und mit Blick auf die Kommunalwahl 2009 möglichst frühzeitig zu begegnen.

### **Handlungsmöglichkeiten des Verfassungsschutzes**

Im Rahmen der Bekämpfung antidemokratischer Kräfte in den Parlamenten stellt sich immer wieder die Frage, welchen Beitrag der Verfassungsschutz hierzu leisten kann und darf.

Politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit extremistischen Phänomenen wie dem Rechtsextremismus setzt eine fundierte Kenntnis der Ziele, Methoden und Handlungsformen ihrer Bestrebungen voraus. Aufgrund ihrer oftmals subversiven und vernetzten Vorgehensweise lassen sich solche Kenntnisse oftmals nur über eine langfristige Analyse auch heimlich beschaffter Informationen gewinnen. Diese Informationsgewinnung obliegt nach dem Verfassungsgrundsatz der „streitbaren Demokratie“ dem Verfassungsschutz in Bund und Ländern. Extremistische Bestrebungen wie Rechts- und Linksextremismus müssen hingenommen werden, solange sie die allgemein geltenden Gesetze, insbesondere die Strafgesetze beachten. Allerdings muss ihnen klar sein, dass sie vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Dem Verfassungsschutz kommt dann die Aufgabe zu, aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse die Öffentlichkeit und das Parlament über die Bestrebungen der antidemokratischen Kräfte zu informieren, um so eine Diskussionsbasis für Gesellschaft und Politik zu schaffen.

Der Aufklärungsauftrag des Verfassungsschutzes kann auch politische Parteien nicht außen vorlassen. Die Beobachtung von extremistischen Parteien wird durch das Parteienprivileg des Art. 21 Grundgesetz (GG) nicht ausgeschlossen. Der Art. 21 des Grundgesetz ist Ausdruck der in der Verfassung niedergelegten Parteiendemokratie. Parteien sind ein notwendiges Instrument der politischen Willensbildung des Volkes, daher garantiert Art. 21 GG ihre Gründungs- und Betätigungsfreiheit. Ihre Teilnahme am politischen Willensbildungsprozess darf nicht durch staatliche Eingriffe behindert werden. Das Verbot einer verfassungswidrigen Partei ist dem Bundesverfassungsgericht vorbehalten.

Diese Gewährleistung in Art. 21 GG schließt aber die Beobachtung einer Partei und die Information der Öffentlichkeit durch den Verfassungsschutz über extremistische Bestrebungen wie die NPD nicht aus. Die Beobachtung und Berichterstattung durch den Verfassungsschutz stellen kein Verbot dar, auch wenn dies zu Nachteilen für die extremistischen Parteien führen kann, wenn Gesellschaft bzw. Politik aus den Informationen des Verfassungsschutzes ihre Konsequenzen ziehen. Die Entscheidung, nicht Mitglied solcher Parteien wie der NPD zu werden, Parteien wie der DKP keine Spenden zukommen zu lassen oder eine extremistische Wählervereinigung nicht zu wählen, sind keine staatlichen Sanktionen, sondern bewusste Entscheidungen der Wahlberechtigten und damit Ausdruck der wehrhaften Demokratie.

Die Zulässigkeit der Beobachtung von und Berichterstattung über Parteien und Wählervereinigungen durch den Verfassungsschutz findet ihre Bestätigung auch in vielen Gerichtsurteilen aller Instanzen. So

hat das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung zur ‚Jungen Freiheit‘ wie auch das Oberverwaltungsgericht Berlin zu den ‚Republikanern‘ lediglich Beschränkungen zur Art und Weise der Berichterstattung formuliert, die Beobachtung als solche aber nicht in Frage gestellt. Das Oberverwaltungsgericht Münster (OVG) hat in einer Entscheidung zur Berichterstattung über ‚Pro Köln‘ sogar ausdrücklich die Zulässigkeit der Beobachtung mit nachrichtendienstlichen Mitteln bestätigt. Das OVG führt aus:

*„Das Verwaltungsgericht hat den Umstand, dass die Klägerin als kommunale Wählervereinigung infolge der nachrichtendienstlichen Beobachtung Nachteile im politischen Wettbewerb erleiden kann, ausreichend gewürdigt. Es hat bei der gebotenen Interessenabwägung zu Recht darauf abgestellt, dass der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel erforderlich ist, um Gefahren für die verfassungsmäßige Ordnung frühzeitig zu erkennen und auf sie zu reagieren.“*

Die somit zulässige Beobachtung von Parteien und Wählervereinigungen kann auch die Speicherung von Abgeordneten durch den Verfassungsschutz zur Folge haben. Denn nach den jeweiligen Regelungen in den Verfassungsschutzgesetzen sind die Verfassungsschutzbehörden grundsätzlich berechtigt, Personen unabhängig von ihrem Beruf in den Amtsdateien des Bundes und der Länder und in der Verbunddatei NADIS, dem nachrichtendienstlichen Informationssystem, zu speichern, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen vorliegen und die personenbezogenen Daten für die Erforschung und Bewertung von Bestrebungen erforderlich sind. Eine privilegierende Behandlung von Mitgliedern gesetzgebender Körperschaften (z. B. Bundestag und Landtage) sehen die Verfassungsschutzgesetze nicht vor.

Begrenzt wird die Speicherberechtigung der Verfassungsschutzbehörden bei Abgeordneten aber durch Art. 46 GG (Immunität und Indemnität) und Art. 38 GG (freie Wahrnehmung des Mandates). Diese verfassungsrechtlichen Gewährleistungen sind zwar nicht unmittelbar betroffen, da die Speicherung in Dateien der Verfassungsschutzbehörden mit keinen unmittelbaren Sanktionen oder negativen Wertungen verbunden sind. So werden sicherheitsüberprüfte oder gefährdete Personen ebenso gespeichert wie Verfassungsfeinde. Die mit jeder Speicherung verbunden Einschränkung des informationellen Selbstbestimmungsrechts kann aber mittelbar als eine Beeinträchtigung des Abgeordnetenmandats empfunden werden. Daher ist die in Art. 46 GG und Art. 38 GG zum Ausdruck kommende Wertentscheidung der Funktionsfähigkeit des Parlamentes und der sanktionslosen Wahrnehmung des Abgeordnetenmandates mit der effektiven Aufgabenerfüllung des Verfassungsschutzes in jedem Einzelfall abzuwägen.

Als Abwägungskriterien für die Beobachtung von politischen Parteien und Wählervereinigungen, für den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel und für die Speicherung der gewonnen Erkenntnisse zu Abgeordneten sind insbesondere folgende Parameter zu nennen:

- : Die tatsächlichen Anhaltspunkte für den Verdacht einer extremistischen Bestrebung müssen nachhaltig sein,
- : die Bestrebung muss eine gesellschaftspolitische Relevanz oder ein Gewaltpotential aufweisen,
- : der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel darf nur außerhalb der parlamentarischen Arbeit und des Beratungsprozesses stattfinden,
- : die Maßnahmen dürfen die Unabhängigkeit des Abstimmungsverhaltens nicht beeinflussen und
- : Abgeordnete werden außerhalb von Sicherheitsüberprüfungen nur dann gespeichert, wenn sie einen maßgeblichen Einfluss auf die Ziele oder Aktivitäten der Bestrebungen haben.

### 3 Die Jugendorganisation Komalen Ciwan als Bedrohungspotenzial des KONGRA GEL in Europa?

Die kurdische Organisation KONGRA-GEL (vormals KADEK und PKK) und ihre Nebenorganisationen stehen im besonderen Fokus der nachrichtendienstlichen Beobachtung. Zu den Zielgruppen, für die der KONGRA-GEL Nebenorganisationen eingerichtet hat, um Mitglieder und Anhänger zu werben, gehören neben den kurdischen Frauen, Lehrern, Journalisten und Juristen auch die kurdischen Jugendlichen, deren Organisation sich 'Komalen Ciwan' („Gemeinschaft der Jugendlichen aus Kurdistan“) nennt. Während der KONGRA-GEL seit dem Jahr 2000 eine gewaltlose und friedliche, auf Demonstrationen ausgerichtete Protestkultur propagiert, sind in den letzten Jahren besonders öffentlichkeitswirksame, teilweise auch strafbare Aktivitäten oftmals aus dieser Jugendorganisation hervorgegangen. Aus diesem Grund kommt der Erkenntnisgewinnung zur Jugendorganisation des KONGRA-GEL im Rahmen der nachrichtendienstlichen Beobachtung besondere Bedeutung zu.

#### **Historischer Hintergrund/Ideologie**

Der Aufbau und die Förderung einer Jugendbewegung ist grundlegender Bestandteil für die Organisation von Parteien und anderen Interessenvertretungen (z.B. Gewerkschaften, Kultur- und Sportvereinen). So haben auch die PKK bzw. deren Nachfolgeorganisationen stets auf eine funktionierende Nachwuchsarbeit besonderen Wert gelegt. Im Rahmen der Gründung der ERNK („Nationale Befreiungsfront Kurdistan“), dem politischen Arm der PKK in Europa, wurde bereits 1987 die YCK („Yekitia Ciwanen Kurdistan“) als kurdische Jugendorganisation mit Europaausrichtung von der PKK gegründet. Von dem im November 1993 gegen die PKK ergangenen Betätigungsverbot ist die Jugendorganisation nicht erfasst. Im Zuge der Umbenennungen der PKK in KADEK und KONGRA-GEL wechselte auch die Bezeichnung der Jugendorganisation YCK zunächst in TECAK und dann in ‚Komalen Ciwan‘. Sie blieb an die Strukturen des KONGRA-GEL bzw. dessen europäischem Arm, der ‚Kurdischen Demokratischen Volksunion‘ (CDK), angegliedert und passte sich in ihrer grundsätzlichen Ausrichtung und Zielsetzung dem jeweiligen Selbstverständnis der Hauptorganisation an.

Die politische Ausrichtung und die Organisationsstrukturen sind in den Gründungserklärungen der YCK, der TECAK und der ‚Komalen Ciwan‘ festgeschrieben. So hat sich die TECAK in ihrer Gründungserklärung am 12. August 2003 der politischen Zielrichtung des neu gegründeten KADEK („Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ als Nachfolgeorganisation der PKK) angeschlossen, wonach nicht mehr die Eigenständigkeit eines "Staates Kurdistan" angestrebt wird, sondern die kurdischen Siedlungsgebiete als Ganzes angesprochen seien, eine eigene Identität zu erlangen. Die Gründungserklärung spricht insofern von der Region des "Nahen Ostens“. Weiterhin unterstreicht die TECAK – wie erstmals der KADEK – die besondere Bedeutung einer demokratischen Struktur der Organisation auch innerhalb des angestrebten Gesellschaftsbildes. Gleichwohl soll die ursprünglich marxistisch-leninistische Programmatik beibehalten werden. Die aus der marxistisch-leninistischen Gründungsphase der PKK übernommenen Theorien des Klassenkampfes gelten weiterhin.

Seit ihrer Gründung ist die Unabhängigkeit von der Parteiführung für die Jugendorganisation von besonderer Bedeutung. Trotz des Bekenntnisses zur parteitreuen Linie setzten sich die Jugendlichen stets für eine unabhängige Organisationsführung ein:

*„Unabhängigkeit heißt, Vertrauen auf eigene Tatkraft, sich nicht anderen Organisationen unterzuordnen, sondern Eigeninitiative an den Tag zulegen. Unsere Richtlinie beinhaltet eine demokratische, unabhängige und legale Organisationsform. Daher werden wir gegen all das ankämpfen, welches auf unsere Richtlinie einen Schatten wirft.“*

Das schließt allerdings nicht aus, dass der Führungsanspruch von Abdullah Öcalan und die von ihm vertretene Ideologie nicht in Frage gestellt werden.

## **Organisationsstrukturen**

Die Jugendorganisation entspricht organisatorisch weitgehend den Strukturen der CDK in Europa. Sie ist in ein streng hierarchisches System, ähnlich einer Kommandostruktur, gegliedert. Darin verzweigt sich der Funktionsstrang von der Europaleitung über die Deutschlandleitung bis zu den Verantwortlichen für die Regionen und einzelnen Gebiete.

Die in Europa eingesetzten Kader der Jugendorganisation rotieren regelmäßig. Die organisatorische Verschiebung der Funktionäre bringt immer wieder Bewegung in die Organisation. Die verantwortlichen Funktionäre leben als hauptamtliche Parteikader vollständig für die Partei. Dabei gehen sie konspirativ vor, d.h. sie haben selten einen festen Wohnsitz, gehen keiner Erwerbsarbeit nach, wechseln in kurzen Abständen die Kommunikationsmittel und sind anderen Organisationsmitgliedern in der Regel nur mit ihrem Decknamen bekannt. Ehemalige Kämpfer, die ggf. auch noch Verletzungen oder Verstümmelungen aus dem Guerilla-Einsatz aufweisen, genießen bei der kurdischen Anhängerschaft ein besonders hohes Ansehen.

## **Aufgaben der Jugendorganisation und Bedeutung des ‚Komalen Ciwan‘ für den KONGRA-GEL**

Die Bedeutung des ‚Komalen Ciwan‘ für den KONGRA GEL ergibt sich aus den Aufgaben und Aktivitäten der Jugendorganisation:

- : Zu den vom ‚Dachverband der kurdischen Vereine in Deutschland e.V.‘ (YEK-KOM) angemeldeten Großveranstaltungen reisen regelmäßig die Jugendlichen in großer Zahl an, um diese Veranstaltungen auch zahlenmäßig zu unterstützen.
- : Im Rahmen des jährlichen Kurdistanfestivals unterstützen die Jugendlichen zudem den Organisationsablauf zum Beispiel mit Ordnerdiensten, betreiben Verpflegungs- und Devotionalienstände und tragen damit zur wirtschaftlichen Unterstützung der Großveranstaltung bei. Auch im Vorfeld der Festivals bringen sich die Jugendlichen durch Kartenverkäufe ein. In den letzten beiden Jahren veranstalteten die kurdischen Jugendlichen im Vorfeld mehrtägige Demonstrationmärsche, teils in Form eines Sternmarsches zum Veranstaltungsort des Kurdistanfestivals.

Es gibt auch Hinweise darauf, dass Angehörige der ‚Komalen Ciwan‘ renommierte Parteikader oder regionale Verantwortliche des KONGRA-GEL als Spendensammler unterstützen. Zudem sollen aus den Reihen der ‚Komalen Ciwan‘ auch regelmäßig Führungskader des KONGRA-GEL rekrutiert werden.

Organisationsintern hat der ‚Komalen Ciwan‘ – ebenso wie der KONGRA-GEL als kurdische Dachorganisation – Probleme mit nachlassendem Engagement der Mitglieder bzw. Anhänger. Führungspersonlichkeiten beklagen sich immer wieder über das nachlassende Interesse und werben für die Fortführung des politischen Kampfes. Besonders aktiv ist der ‚Komalen Ciwan‘ dabei – außer in NRW – in Hamburg und Berlin. Die Schwerpunkte der Aktivitäten hängen dabei stark vom jeweiligen Engagement des Kadern vor Ort ab. Einige der Führungskader sind bestrebt, die Jugendorganisation für außen stehende kurdische Jugendliche interessant zu machen. Um Jugendliche zum Besuch von Veranstaltungen und für die Vereinsarbeit zu bewegen, werden Vereinsräume renoviert, Musik- und Kulturveranstaltungen in diesen Räumen speziell auf die Interessen der Jugendlichen zugeschnitten oder vermehrt Sportmöglichkeiten, Sprach- oder Kochkurse angeboten. Erst in der Folgezeit sollen die neu gewonnen Besucher dann für die politische Sache gewonnen werden.

## **MAZLUM DOGAN Festival 2007**

Dieses Sportfest stellt einen Höhepunkt der jährlichen Aktivitäten der Jugendorganisation dar. Es fand in diesem Jahr am 14. Juli im Kölner Südstadion statt und wurde vom kurdischen Fernsehsender ‚ROJ-TV‘ live übertragen. Das Mazlum-Dogan-Festival steht jedes Jahr im Zeichen des Sportes und der Kultur. Zu den sportlichen Wettkampfveranstaltungen (Fußball, teilweise auch Leichtathletik und Kampfsportdisziplinen) finden europaweite Qualifikationsturniere statt, deren Sieger während des Festes gegeneinander antreten. Weitere kulturelle Attraktionen sind Darbietungen kurdischer Musiker und Folkloretanzgruppen.

In Redebeiträgen des diesjährigen Festes wurden die Jugendlichen aufgerufen, ihre Chance in Europa wahrzunehmen, sich zu bilden und zu qualifizieren, um auf diese Weise einen Beitrag zum Befreiungskampf des kurdischen Volkes zu leisten. Es wurde betont, dass der Kampf für die Befreiung des kurdischen Volkes nicht nur mit dem Guerillakampf gleichgesetzt werden kann. Die Bildung und der Erwerb verschiedener Erkenntnisse und Fertigkeiten seien genauso wichtig. Das kurdische Volk sei ein friedliches Volk, das um seine legitime Rechte kämpfe und einen Verteidigungskrieg für die Gerechtigkeit führe. In diesem Kampf hätten die kurdischen Jugendlichen stets Heldentaten vollbracht und seien immer bereit gewesen, sich aufzuopfern. Mehrfach wurde die Bedeutung und Vorbildhaftigkeit von Mazlum Dogan und des Märtyrertums der anderen „kurdischen Helden“ betont.

Ein kurdischsprachiger Rapsänger präsentierte Lieder über die Heldentaten der kurdischen Jugendlichen und der Märtyrer. Er versuchte die Zuschauer zu animieren, Slogans wie „Schehidan na mirin“ („Märtyrer sind unsterblich“) usw. zu skandieren. Anschließend wurde eine Rede des KONGRA-GEL Vorsitzenden Murat Karayilan aus dem Nordirak auf einem großen Bildschirm ausgestrahlt. Er begrüßte das Publikum im Namen der „PKK“ (organisationsinterner Sprachgebrauch für KONGRA-GEL) und hielt eine inhaltlich ähnliche Rede auf Kurdisch. Im Hintergrund waren die jungen Kämpfer der Guerilla zu sehen. Der Auftritt des KONGRA-GEL- Vorsitzenden, die politischen Reden und das teilweise ebenfalls politische Unterhaltungsprogramm belegen die enge Anbindung der Jugendorganisation an den KONGRA-GEL.

Neben den sportlichen Wettkämpfen und dem Unterhaltungseffekt diente das Festival zumindest auch dazu, Jugendliche zu werben, sich der „kurdischen Sache“ anzuschließen und bei der politischen Arbeit eine aktive Rolle zu übernehmen. Letztendlich sollen die Jugendlichen für einen Kampfeinsatz bei der Guerilla im Nordirak zur Verfügung stehen. Vorausgehende politische Schulungen und die Einweisung in die kaderhaften Parteistrukturen bilden ggf. die Grundlage für eine weitere Verwendung. Nach der Ausbildung sollen die Jugendlichen dann als Kader ihre Arbeit an der Basis aufnehmen oder einen Kampfeinsatz in den Kandil-Bergen leisten, um dann mit der Reputation des Guerillakämpfers zurückzukehren. Die Jugendzeitung ‚Ciwanan Azad‘ fordert in ihrer Ausgabe Nr. 11/2007 die Jugendlichen explizit auf, „der Armeebildung der Guerilla Bedeutung beizumessen und die Guerilla zu vergrößern“. Weiter heißt es dort in einem kämpferischen Aufruf: „Die Führung fordert, die Mannschaftsstärke der Guerilla nötigenfalls auf 50.000 anzuheben. Das ist für uns als ‚Komalen Ciwan‘ eine Anweisung.“

„Wenn wir verstünden, dass es auf dieser Welt die höchste uns zu Gesicht stehende Tugend ist, sich den Freiheitsaposteln in den Bergen anzuschließen, würden wir die Herrschaft der Tyrannen, die unser Land in eine Hölle verwandelt haben, in einem Atemzug vernichten.“

### **Gewaltbereitschaft und gewalttätige Protestaktionen**

In den vergangenen Jahren wurden mutmaßliche ‚Komalen Ciwan‘ Aktivisten wiederholt verdächtigt, an gewalttätigen Auseinandersetzungen mit nationalistischen Türken beteiligt zu sein und als Täter von strafbarem Protestverhalten in Erscheinung getreten zu sein (z.B. Straßenblockaden, Werfen von Molotowcocktails).

Schon anlässlich der Kampagne des KADEK im Jahre 2003, die den behaupteten verschlechterten Gesundheitszustand des inhaftierten Öcalan zum Gegenstand hatte, fanden neben friedlichen Demonstrationen auch gewalttätige Aktionen durch jugendliche KADEK-Anhänger statt. Beispielsweise entzündeten Jugendliche am 30. Oktober 2003 Autoreifen auf einer Straße in der Dortmunder Innenstadt.

Die Jugendorganisation 'Komalen Ciwan' ließ nach einem Bericht der Nachrichtenagentur 'Firat' vom 14. Januar 2006 verlauten, dass angesichts der gegen Abdullah Öcalan verhängten 20-tägigen Einzelhaftstrafe jegliche Aktionen der kurdischen Jugend „legitimiert“ seien. In Deutschland kam es danach vermehrt zu gewalttätigen Aktionen, bei denen vermutet wird, dass es sich bei den Tätern um Angehörige oder Sympathisanten der Jugendbewegung des KONGRA-GEL handelte. So zündeten am 15. Januar 2006 Unbekannte auf einer Straßenkreuzung in Dortmund zwei Mülltonnen an. In unmittelbarer Nähe wurde ein Spruchband mit der Aufschrift „Haltung gegen ÖCALAN/Krieg oder Frieden“ entdeckt.

Als Reaktionen auf polizeiliche Exekutivmaßnahmen in Frankreich, Belgien und Deutschland im Januar 2007, bei denen eine Reihe von KONGRA-GEL Funktionären verhaftet wurden, kam es zu einer Reihe von Protesten. Neben den friedlichen und angemeldeten Demonstrationen und einem Hungerstreik gab es gewalttätige Proteste, die sich vordringlich gegen türkische Einrichtungen richteten. In zwei Wellen, einmal im Zeitraum Februar und ein weiteres Mal im März 2007 im Zusammenhang mit der Kampagne der angeblichen Vergiftung des auf Imrali inhaftierten Öcalan, gab es im gesamten Bundesgebiet Brandanschläge gegen türkische Reisebüros, Kulturvereine und Banken sowie gegen Autohäuser, die französische Kraftfahrzeuge führen. In NRW waren die Städte Dortmund, Bottrop, Hagen und Köln, teilweise mehrfach, betroffen. Anders als in der Vergangenheit, beschränkten sich die Täter nicht darauf, auf Straßenkreuzungen Brandsätze auf die Fahrbahn zu werfen.

Im Rahmen der Protestkampagne gegen die behauptete Vergiftung von Abdullah Öcalan durch die türkische Regierung und die vermeintliche Untätigkeit der zuständigen europäischen Behörden protestierten Anfang Mai 2007 Anhänger des KONGRA-GEL mit Besetzungen von Fernsehanstalten, von Büros von Nichtregierungsorganisationen und vor Parlamenten in ganz Europa. In verschiedenen Veröffentlichungen (Internet, Zeitungen usw.) der 'Komalen Ciwan' wurden die Jugendlichen aufgefordert, „ihren Beitrag zur kurdischen Sache zu leisten“. Dabei wurde die Ansicht vertreten, dass die Polizeimaßnahmen gegen Funktionäre der verbotenen Organisation eine „Leistung Deutschlands an den Nato-Freund Türkei“ sei. Dies stelle einen Angriff auf die Freiheitsrechte der Kurden dar und somit sei „jeder Widerstand legitim“. In der Erklärung der ‚Koordination der Komalen Ciwan‘ vom 15. April 2007 ist insoweit zumindest ein mittelbarer Aufruf zu strafbarem Protestverhalten zu sehen. Dort heißt es inhaltlich übersetzt:

*„Jeder muss wissen, dass es nur einen Ansprechpartner für die Lösung des Kurdenproblems gibt. Und das ist Abdullah Öcalan. Unter diesen Bedingungen wird die Jugend nicht schweigen. Deshalb muss die Jugend in dieser Phase ihrer Verantwortlichkeit und ihrer Pflicht dadurch gerecht werden, dass sie, auf der Grundlage, die Gesundheit, Sicherheit und Freiheit unserer Führung zu gewährleisten, verschiedenartige und Ergebnisse zeitigende Aktivitäten durchführen.“*

*„Diskussionen der Art, welche Aktion angemessen ist und welche nicht, sind unangebracht. Unsere Jugend verfügt über wichtige Erfahrungen. Massenproteste, Schulboykotts, Sitzstreiks und Besetzungsaktionen, die sich gegen Einrichtungen, die Teil des Komplotts sind, richten, können, genauso wie wirkungsvolle und gewalttätige Aktionen, die von kleinen Einheiten ausgeführt werden, Aktionen sein, mit denen man die Phase zu unseren Gunsten wendet.“ Diese Sätze finden sich wörtlich auch in der Erklärung der ‚Komalen Ciwan‘ vom 1. März 2007*

Am 9. Mai 2007 drangen kurdische Demonstranten – zumeist Jugendliche – in das Foyer des Landtages NRW ein. Dabei skandierten sie Parolen, entrollten Transparente und verteilten Flugblätter. Der Rädelführer, ein kurdischer Jugendlicher, ist in einem beschleunigten Verfahren wegen Hausfriedensbruches verurteilt worden; Ermittlungsverfahren gegen ihn und 13 weitere Beschuldigte sind noch anhängig.

Die Gewaltaktionen wurden nach hiesiger Einschätzung von Anhängern und Mitgliedern der ‚Komalen Ciwan‘ eigenständig geplant und durchgeführt. Dass die gewaltsamen Proteste von Verantwortlichen des KONGRA-GEL angeordnet und damit organisationsgesteuert waren, kann derzeit nicht bewiesen werden.

Gerade die Gewaltaktionen 2007 haben gezeigt, dass die Organisation in der Lage ist, nicht nur regional begrenzt, öffentlichkeitswirksame Aktionen durchzuführen. Bisher blieben die Aktionen auf Sachbeschädigungen begrenzt.

## **Steuerung der ‚Komalen Ciwan‘ durch den KONGRA-GEL?**

Das Verhältnis der Jugendorganisation zur Europaführung des KONGRA-GEL, der CDK, ist nicht konfliktfrei. So soll es im Jahr 2005 zu einem Streit auf europäischer Funktionärebene gekommen sein, weil sich die Jugendorganisation durch CDK-Funktionäre ihre Eigenständigkeit in Frage gestellt und durch die Hauptorganisation bevormundet sah. Die Entscheidung der CDK über den Wegfall des Jugendfestivals (Mazlum DOGAN-Sportfest ) wurde daraufhin revidiert.

Die in der Vergangenheit von der CDK geäußerte Kritik an vereinzelt regionalen gewalttätigen Protestaktionen von ‚Komalen Ciwan‘-Anhängern wurden von den jeweiligen Regionalverantwortlichen der Jugendlichen akzeptiert. Dem Appell der CDK-Verantwortlichen zum Gewaltverzicht in Deutschland haben sich die ‚Komalen Ciwan‘-Verantwortlichen bislang weitgehend gebeugt. Angesichts der Brandanschläge im Frühjahr 2007 ist eine verlässliche Steuerung der ‚Komalen Ciwan‘ im Sinne des Friedenskurses des KONGRA-GEL in Deutschland und Europa allerdings in Frage gestellt.

## **Medien/Publikation**

Die Publikation ‚Ciwanan Azad‘ (‚Freie Jugend‘), eine Zeitschrift der ‚Komalen Ciwan‘, erscheint seit 2006 im monatlichen Rhythmus. Es handelt sich bei dieser Publikation um eine Nachfolgezeitschrift der bis zum Jahre 2005 erschienenen Jugendzeitschrift ‚Özgür Gençlik‘. Zwei Jahre nach der Umbenennung der Organisation von TECAK nach ‚Komalen Ciwan‘ erhielt auch das organisationseigene Publikationsorgan einen neuen Namen und ein neues Erscheinungsbild. Veröffentlicht werden Aufsätze, Reportagen, Gedichte und Cartoons in kurdischer, türkischer und deutscher Sprache. Artikel in türkischer oder kurdischer Sprache werden aber nicht übersetzt. Die Zeitschrift verfügt auch über eine eigene Internethomepage. Im Internetauftritt werden ergänzend zu den Artikeln des Printmediums aktuelle Nachrichten, zum Teil in Form von Bildern und Videos, veröffentlicht.

Die kurdische Jugendorganisation ‚Komalen Ciwan‘ selbst ist im Internet über zwei eigene Internetadressen zu erreichen. Artikel dort werden ausschließlich in kurdischer und türkischer Sprache veröffentlicht.

Inhaltlich beschäftigen sich die Zeitschrift und der Internetauftritt mit denselben Themenkomplexen. Ein Großteil der Berichte befasst sich mit dem Leben bei den ‚Volksverteidigungskräften‘ (HPG) und der Verherrlichung der gefallenen Kämpfer des KONGRA-GEL. Auch Darstellungen über das Leben und Wirken Abdullah Öcalans mit seinen gesellschaftspolitischen Ideen nehmen erheblichen Raum ein. Artikel zur aktuellen Lebenssituation kurdischer Jugendlichen in der Türkei und in Europa finden sich nur gelegentlich.

## **Einschätzung**

Nach wie vor wird die Gefahr einer Gewalteskalation im Bereich des kurdischen Extremismus in NRW hauptsächlich aus den Reihen der ‚Komalen Ciwan‘ erwartet. Dies hat weniger mit dem politisch-ideologischen Ehrgeiz als mit der hohen Emotionalisierung und dem persönlichen Ehrgefühl von kurdischstämmigen Jugendlichen zu tun. Die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung bei vermeintlichen Provokationen, sei es durch Aktionen des türkischen Militärs, durch Äußerungen oder Handlungen der politisch Verantwortlichen in Deutschland oder durch nationalistische Türken, ist bei den Jugendlichen am niedrigsten.

Angesichts der bestehenden Meinungsverschiedenheiten zur Wirksamkeit von politischen Protesten zwischen der CDK und der Jugendorganisation könnte bei den Jugendlichen verstärkt die Notwendigkeit gesehen werden, sich als Vertreter des kurdischen Volkes durch öffentlichkeitswirksame Aktionen, notfalls auch mit Gewalt, zu profilieren.

Andererseits könnte die Billigung der jüngsten strafbaren Protestaktionen der Jugendlichen auch Anhaltspunkt dafür sein, dass der KONGRA-GEL zukünftig bewusst eine zweigleisige Strategie fahren will. Während die Hauptorganisation sich entsprechend dem weiterhin propagierten Friedenskurs in Europa betont gewaltfrei verhält, wird die erhöhte Gewaltbereitschaft der kurdischen Jugendlichen organisationsintern gebilligt und die Jugendorganisation ‚Komalen Ciwan‘ dazu genutzt, als „Bedrohungspotential“ den politischen Anliegen den „erforderlichen Nachdruck“ zu verleihen.

## 4 Legalistischer Islamismus – die IGMG, ihre Ausrichtung und Perspektiven

Aufgrund ihrer verhältnismäßig hohen Mitgliederzahl, ihres finanziellen Potenzials und ihres Organisationsgrades gilt die ‚Islamische Gemeinschaft Milli-Görüş‘ (IGMG) als bedeutendste türkische islamistische Organisation in Deutschland. Nach eigenen Angaben unterhält die IGMG europaweit 514 Moscheen, 323 davon in Deutschland, und hat ca. 87.000 Mitglieder. Über die Moscheen werden bei Freitags- und Festtagsgebeten bis zu 300.000 Personen erreicht. Die organisatorisch in 30 europäische Regionalverbände untergliederte IGMG hat zurzeit ihren Sitz in Kerpen (NRW). Neben den Moscheevereinen, die zum Teil unmittelbar der Zentrale in Kerpen unterstehen, sich zum anderen Teil der IGMG angeschlossen haben, existieren zahlreiche Frauen-, Hochschul- oder Sportvereine, die der IGMG zuzurechnen sind. Die Zahl der IGMG-nahen Vereine, einschließlich der Moscheegemeinden, liegt bei rund 2.200.

Die IGMG bietet ihren Mitgliedern neben der religiösen Betreuung auch ein breit gefächertes Angebot auf kulturellem, sozialem und pädagogischem Gebiet. So werden Gesprächskreise, Kurse für Frauen, Computer- und Sprach-Kurse, Koranlese- und Wissenswettbewerbe, Sommerkurse und Ferienlager für Kinder (i.d.R. nach Geschlechtern getrennt) sowie Vortrags- und Großveranstaltungen, meist mit politischer Prominenz aus dem politischen Lager der islamistischen türkischen ‚Saadet Partei‘, angeboten. Mit ihren religiösen und profanen Dienstleistungen sowie ihren Veranstaltungen gelingt es der IGMG, türkische Muslime in der Diaspora durch die Vermittlung eines geradezu „familiären“ Zusammengehörigkeitsgefühls an sich zu binden.

Die Verbindung mit und die enge politische Ausrichtung an der türkischen ‚Milli-Görüş-Bewegung‘ zeigt indes den kritischen Beobachtern der IGMG, dass ihre Bestrebungen nicht frei von einer politischen Agenda sind. Bei dieser Agenda handelt es sich um das Programm des Gründers und unumstrittenen Führers der ‚Milli Görüş‘, Prof. Dr. Necmettin Erbakan. 1990 hat er seine politischen Vorstellungen in einer Art Manifest mit dem Titel „Gerechte Ordnung“ („Adil Düzen“) zum Teil ausformuliert, zum Teil auch nur in Schlagworten und Skizzen veröffentlicht. Im Ergebnis sind die politischen Vorstellungen Erbakans ein Gegenentwurf zu demokratischen Gesellschaftsordnungen, wie dem deutschen Grundgesetz, die auf dem freien Willen des Menschen beruhen. Da angestrebt wird, diese Ordnungen zu überwinden und durch eine auf dem Islam und der Scharia basierende Gesellschaftsordnung zu ersetzen, muss die politische Bestrebung der ‚Milli Görüş‘ als verfassungsfeindlich eingeschätzt werden. Aus diesem Grund wird die IGMG in Deutschland von allen Verfassungsschutzbehörden beobachtet und in den Jahresberichten erwähnt.

Diese Einschätzung als verfassungsfeindliche Organisation und die Erwähnung in den Jahresberichten der Verfassungsschutzbehörden hat für das Image der IGMG in der Öffentlichkeit, wie sie selbst beklagt, und dadurch auf ihre öffentlichen Aktivitäten, einen negativen Einfluss. Dass ihre Versuche der politischen Einflussnahme und ihre Öffentlichkeitsarbeit, die das Ziel verfolgen, als Ansprechpartner für alle mit Muslimen im Zusammenhang stehenden Themen von der Politik und den Behörden akzeptiert zu werden, in der Tat dadurch beeinträchtigt werden, kann und soll nicht geleugnet werden. Allerdings ist es die Aufgabe des Verfassungsschutzes, die Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen aufzuklären.

Demgegenüber geriert sich die IGMG immer wieder als zu Unrecht – weil angeblich nicht verfassungsfeindlich – angeprangerte und dadurch unrechtmäßig beeinträchtigte Organisation. Sie erhebt gegenüber den Verfassungsschutzbehörden den Vorwurf, dass diese die Unwahrheit verbreiten und ein völlig falsches Bild von der Organisation zeichnen würden. Dabei nutzt die IGMG aus, dass Erkenntnisse der Nachrichtendienste oft aus Gründen des Quellenschutzes vor Gericht nicht bewiesen werden können. Jeder Teilerfolg vor Gericht wird dann als Beweis dafür angeführt, dass die Einschätzung der IGMG durch die Behörden unzutreffend sei.

Aufgabe und Anliegen des Verfassungsschutzes bleibt es, die Taktik der IGMG aufzuzeigen, die ihre politisch-extremistische Agenda versteckt verfolgt. Ebenso richtig ist es jedoch auch, auf Entwicklungen innerhalb der IGMG hinzuweisen, die zur Ablösung von den islamistischen, den Islam als „beste politische Ordnung“ propagierenden Vorstellungen Necmettin Erbakans und seiner ‚Milli Görüş‘ führen können.

In der Auseinandersetzung mit den Verfassungsschutzbehörden hält die IGMG diesen vor, keine Belege für die Verfassungsfeindlichkeit ihrer Organisation zu haben, und deshalb verfassungsfeindliche Äußerungen anderer, insbesondere solche aus der türkischen Zeitung ‚Milli Gazete‘, der IGMG zuzurechnen. Diese Vorhaltung ist jedoch so nicht richtig. Festzustellen ist, dass die Chefredaktion der Zeitung ‚Milli Gazete‘ ihr Blatt erklärtermaßen als Organ einer Mission, nämlich der ‚Milli Görüş‘, ansieht. In der Diktion und Art der Berichterstattung folgt sie der ideologischen Linie von Necmettin Erbakan, die vor allem in ihrer „anti-imperialistischen“, d. h. anti-amerikanischen, anti-israelischen und anti-westlichen Tendenz zum Ausdruck kommt. Der negativen Darstellung des „Imperialismus“, tatsächlich aber der westlichen Demokratien, wird der Islam mit seinen positiven Eigenschaften als Alternative gegenübergestellt. Auch die Auswahl und Darstellung der Themen zeigt, dass man sich in der Redaktion der Zeitung der ‚Milli-Görüş-Bewegung‘ verbunden fühlt. Die ‚Saadet Partisi‘ (SP) Necmettin Erbakans und andere Nebenorganisationen der Bewegung sowie ihre ideologischen Positionen werden äußerst unkritisch und positiv dargestellt. Die politische Ausrichtung der ‚Milli Gazete‘ überrascht nicht, wenn man die engen personellen Verbindungen zwischen ihr und der ‚Milli Görüş‘ berücksichtigt.

Die IGMG verfügt über eigene Publikationen, in denen jedoch nicht annähernd so detailliert über das Vereinsleben auf allen Ebenen berichtet wird, wie gerade in der Europaausgabe der ‚Milli Gazete‘. Die Zeitung enthält regelmäßig Kondolenzanzeigen, Genesungs- oder Glückwünsche und ähnliche Annoncen sowie Ankündigungen und Verlaufsberichte von regionalen und überregionalen Veranstaltungen der IGMG. Dies lässt darauf schließen, dass es sich hierbei um das Publikationsorgan handelt, mit dessen Hilfe die IGMG ihre Anhänger am besten erreicht. Daraus kann gefolgert werden, dass die Leserschaft der ‚Milli Gazete‘ mit der Anhängerschaft der IGMG zumindest in großen Teilen deckungsgleich ist. Da die ‚Milli Gazete‘ aber entschieden für politische Inhalte auf der ideologischen Linie von Necmettin Erbakan und der SP eintritt, muss man davon ausgehen, dass diese Inhalte von der Anhängerschaft der IGMG geteilt werden.

Aufschlussreich im Hinblick auf eine Verbindung der IGMG zur ‚Milli Görüş‘ in der Türkei sind auch jene Meldungen, in denen über die Einbindung von ‚Milli-Görüş‘-Granden aus der Türkei durch die IGMG oder die Auftritte und Besuche von IGMG-Funktionären bei Führungspersonen, Einrichtungen oder Veranstaltungen der türkischen ‚Milli Görüş‘ berichtet wird. Zu den Personen, die immer wieder zu IGMG-Veranstaltungen eingeladen werden und dort auftreten, gehören: Mete Gündoğan und Numan Kurtulmuş, beide stellvertretende Vorsitzende der SP, Yasin Hatipoğlu aus dem Führungsgremium der SP, Şevket Kazan, ehemaliger Arbeits- und Justizminister in der Regierung Erbakan und Arif Ersoy, SP-Führungsmitglied und Ideologe. Durch diese Einladungen und durch die Video-Zuschaltung von Necmettin Erbakan bei Großveranstaltungen der IGMG wie dem „Tag der Brüderlichkeit und Solidarität“ 2006 im belgischen Hasselt oder dem „Studententag“ 2007 in Hagen oder seinen telefonischen Zuschaltungen auf Jugendveranstaltungen der IGMG wird die enge Verbundenheit zwischen IGMG und der ‚Milli Görüş‘ in der Türkei augenfällig. Noch immer hat die Zentrale in der Türkei einen großen Einfluss auf die Besetzung wichtiger Führungsfunktionen innerhalb der deutschen IGMG.

Auch umgekehrt bereisen IGMG-Funktionäre und -Anhänger immer wieder in der Türkei jene Stationen, die zum Netzwerk von ‚Milli Görüş‘ gehören. So besuchte beispielsweise Anfang April 2007 die Vorsitzende der IGMG-Frauenorganisation, Zehra Dizman, gemeinsam mit einigen Mitgliedern des Führungsrates aus der Generalzentrale den ‚Milli-Görüş‘-Führer Necmettin Erbakan und Aysenur Tekdal, die Vorsitzende der Frauenorganisation der SP. Zuvor hatten der Führungsrat der Frauenabteilung der Generalzentrale und der Gebietsvorsitzenden sowie der Zeitung ‚Milli Gazete‘ einen Besuch abgestattet. Die Verbundenheit geht soweit, dass IGMG-Funktionäre sogar an Ratssitzungen der SP teilnehmen. Hasan Damar, damaliges Mitglied des Exekutivrates der IGMG, soll auf einer solchen Sitzung zugesagt haben, dass man im Rahmen der Wahlvorbereitungen [zu den vorgezogenen Parlamentswahlen in der Türkei am 22. Juli 2007] mit tausenden von Fahrzeugen und tausenden von Predigern tätig werden würde, weil es sich dabei um eine heilige Reise handeln würde. Der Bezirksvorsitzende der SP in Istanbul ist, was in diesem Zusammenhang auch nicht verwundert, Osman Yumakoğulları, der frühere Generalvorsitzende der AMGT, also des „soziologischen“ Vorgängers der IGMG. Die Aussage von Hasan Damar hier passt zu dem, was er bereits im Mai 2006 auf einer von der Jugendorganisation der ‚Milli Görüş‘, der ‚Anadolu Gençlik Derneği‘, veranstalteten Feierlichkeit anlässlich der Eroberung Istanbuls durch die Osmanen (29. Mai 1453) laut ‚Milli Gazete‘ sagte:

*„Um die ‚Milli-Görüş‘-Regierung wieder an die Spitze zu bringen, müssen wir von Europa aus und ihr von der Türkei aus mit Herz und Seele arbeiten. Denn die Rettung der islamischen Welt, die heute vielleicht*

*die dunkelsten Tage ihrer Geschichte durchlebt, ist lediglich mit der Türkei möglich. Wir, als in Europa lebende Auswanderer, folgen den Befehlen unseres Hodschas Erbakan. Wir haben niemals unser Hemd ausgezogen und werden es auch nie tun“.* (*Milli Gazete* vom 29. Mai 2006, S. 11.)

Diese Beispiele sollten genügen, um deutlich zu machen, dass von einer Zuordnung fremder, nicht von der IGMG stammender Inhalte durch den Verfassungsschutz gar keine Rede sein kann. Sowohl die Annoncen, die Werbung für eigene Veranstaltungen, die Einladungen von ‚Milli-Görüş‘-Größen zu Veranstaltungen wie auch die Teilnahme an Veranstaltungen der ‚Milli Görüş‘ in der Türkei sind Aktivitäten, die von der IGMG ausgehen. Über sie wird in der ‚Milli Gazete‘ umfassend und kenntnisreich berichtet, und deshalb ist diese Zeitung immer wieder als Beleg für die Aktivitäten der IGMG heranzuziehen.

Andere Äußerungen, wie die antisemitischen Tiraden, die Necmettin Erbakan immer wieder öffentlich von sich gibt, werden der IGMG nicht pauschal zugerechnet. Aber gerade wenn man einräumt, dass der Antisemitismus Erbakanscher Prägung nicht von allen in der IGMG geteilt wird, stellt sich die Frage, warum beispielsweise ein antisemitischer Hetzfilm wie „Zehras blaue Augen“ auf der durch die Zentrale organisierten Jahresveranstaltung in Hasselt Anfang Juni 2006 verkauft werden konnte, und warum nicht wenigstens im Nachhinein Konsequenzen durch die IGMG gegenüber den Verantwortlichen gezogen wurden?

Trotz aller Distanzierungen vom Antisemitismus bestimmter IGMG-Funktionäre finden sich immer noch abwertende Aussagen in Veröffentlichungen der IGMG, die sich pauschal gegen die Juden richten:

*„Auf der Erde gibt es ein Volk, das nicht weiß, was Güte (Freundlichkeit) bedeutet. Dieses undankbare Volk, das die Wohltaten, die Gott ihm hat zuteil werden lassen, leugnet, sind die Juden, die im Koran als Söhne Israels erwähnt werden.“* (Ahmet Efe, *İslâmî Bilgiler Ders Kitabı, itikad, ibâdet, ahlâk, I.G.M.G., Eğitimi Yayınları: 7, Köln, o.J., S. 144.*)

Dass unter den IGMG-Anhängern ein Prozess der allmählichen Abkehr von den islamistischen, gegen die demokratische Ordnung westlicher Prägung gerichteten Anschauungen Necmettin Erbakans begonnen hat, muss dennoch als wahrscheinlich angenommen werden. Das Wahlverhalten der Auslandstürken spiegelte im Großen und Ganzen dasjenige in der Türkei wider. Erbakans islamistische ‚Saadet Partisi‘ erhielt von den 230.000 Auslandstürken, die gewählt haben, lediglich knapp 3,0% der Stimmen, also etwas weniger als 6.900 der abgegebenen Stimmen (vgl. ‚Hürriyet‘ vom 25. Juli 2007). Hält man dem die Zahl von – nach eigenen Angaben – 87.000 Mitgliedern oder auch nur die 26.500 in Deutschland vom Verfassungsschutz der IGMG zugerechneten Personen entgegen, so fällt auf, dass entweder nur ein geringer Teil zur Wahl mobilisiert werden konnte oder die Mitglieder zu einem beträchtlichen Teil nicht die ‚Saadet Partisi‘ gewählt haben. Dies bestätigt vorherige Aussagen von einigen IGMG-Funktionären, dass in ihren Gemeinden die Mehrheit der Gemeindemitglieder anderen Parteien, vor allem der AKP (‚Gerechtigkeits- und Aufschwung-Partei‘), aber nicht der SP zuneigen würden. Umso verwunderlicher ist es, dass die IGMG-Führung die engen Verbindungen zu Erbakan und seinem politischen Lager nicht längst revidiert hat.

# 5 Die Bedeutung des Internets für den internationalen islamistischen Terrorismus (Jihadismus)

Die Nutzungsmöglichkeiten des Internets sind für den internationalen islamistischen Terrorismus (Jihadismus) von herausragender Bedeutung. Dieser hat nach dem 11. September 2001 einen tiefgreifenden Strukturwandel durchlaufen: Aus der ehemals zentral geführten, hierarchischen Organisation ‚al-Qaida‘ hat sich eine unüberschaubar große und stetig wachsende Zahl selbständig agierender Terrornetzwerke gebildet. Die Personenzusammenschlüsse handeln ohne zentralen Befehlsgeber – aber mit einer gemeinsamen Zielsetzung: den Jihad, also den gewaltsamen Kampf gegen die „Ungläubigen“ zum Erfolg zu führen. Die Ideologie des Jihadismus, wonach die vermeintlichen Feinde des Islam bekämpft und getötet werden müssen, leitet und inspiriert islamistische Terroristen bei ihrem Handeln. Vor allem das Internet trägt dazu bei, die Ideen des internationalen islamistischen Terrorismus am Leben zu erhalten und zu verbreiten. Seine technischen Nutzungsmöglichkeiten haben dazu beigetragen, dass ideologische und personelle Netzwerke entstanden, die zu einer globalen Bedrohung geworden sind.

## **Vielfältige Nutzungsmöglichkeiten**

Sicher ist, dass es den islamistischen Terrorismus in seiner heutigen Form ohne Satelliten-TV und Internettechnik nicht geben würde. Dass das Internet für Jihadisten zum wichtigsten Kommunikations- und Aktionsraum geworden ist, liegt an seiner technischen Struktur: Es ist leicht zugänglich, einfach zu bedienen, schnell und von globaler Reichweite. Daneben verfügt das Internet über einen hohen Grad an Anonymität und Anonymisierbarkeit, was besonders im Bereich des Jihadismus von zentraler Bedeutung ist. Die Nutzungsmöglichkeiten sind entsprechend vielfältig: Das Internet eignet sich wie kein anderes Medium zur Verbreitung von Propaganda und zum Ideologietransfer. Jihadisten kommunizieren im Internet verdeckt, betreiben Netzwerkbildung, sammeln Spenden und rekrutieren Freiwillige für den Jihad. Auch die Vorbereitung auf Kampfeinsätze erfolgt vielfach mit Hilfe des Internets. Anleitungen zum konspirativen Verhalten, zum Bau von Waffen, zur Herstellung von Giften und Sprengsätzen – alle wesentlichen Informationen und Anleitungen zur Vorbereitung und zur Durchführung von Anschlägen lassen sich über das Netz beziehen. Damit fungiert das Internet als eine Art „virtuelles Trainingslager“. Jihadisten nutzen das Internet darüber hinaus zum Zwecke der Selbstinszenierung und psychologischen Kriegsführung. Sie verbreiten dort Bekennerschreiben und -videos ebenso wie Bilder und Videos von Bombenanschlägen, Entführungs- und Hinrichtungsoptionen. Solche Szenarien erregen weltweit Aufsehen und verbreiten Angst und Schrecken.

Diese Beispiele machen deutlich, dass der „virtuelle Jihad“ oder „Cyber-Jihad“, also die Nutzbarmachung des Internets für die Ziele des Jihad, viele Facetten hat. Einige wichtige Aspekte sollen im Folgenden kurz beleuchtet werden:

- : Die Rolle des Internets als Propagandaplattform,
- : seine Bedeutung als Instrument der psychologischen Kriegsführung und
- : die zunehmende Professionalisierung seiner Nutzer.

## **Ideologietransfer und Propaganda**

Akteure des internationalen Terrorismus nutzen das Internet exzessiv zur Verbreitung ihrer Jihad-Ideologie. Sie dient innerhalb der weltweit zersplitterten, autonom agierenden Terrornetzwerke als gemeinsame Basis, als eine Art einigendes Band. In Ermangelung einer zentralen Befehlsstruktur ist die Inspiration und Motivation zur Durchführung immer neuer Anschläge für den Fortbestand des internationalen Terrorismus von existenzieller Bedeutung. Ein wesentliches Ziel der Internetpropaganda ist es deshalb, die Ideologie des gewaltsamen Jihad am Leben zu erhalten. So werden neben jihadistischer Literatur, Audios und Videos regelmäßig auch Verlautbarungen von Führungsfiguren des internationalen Terro-

rismus ins Netz gestellt. Darin wird in Anspielung auf erfolgte Terrorakte oder unter Androhung neuer Anschläge die Anwendung von Gewalt gerechtfertigt. Gleichzeitig wird die weltweite Anhängerschaft ideologisch „justiert“. Ziel ist es, die potenziellen Unterstützer auf dem „richtigen“ Kurs zu halten und möglichst viele neue Sympathisanten hinzu zu gewinnen. Vor allem Berichte von Gewalt an Muslimen in Krisenregionen wie dem Irak, Afghanistan und Pakistan sollen der Welt die systematische Unterdrückung und Geißelung der muslimischen Umma (Glaubensgemeinschaft der Muslime) vor Augen führen. Emotionalisierende Fotos von verletzten oder getöteten Zivilisten, vor allem von Kindern, Frauen und alten Menschen, wecken beim Betrachter Betroffenheit und lassen bei dafür empfänglichen Personenkreisen Terrorakte als eine gerechte und legitime Form des Widerstands gegen die „ungläubigen Aggressoren“ erscheinen. Vor diesem Hintergrund finden sich auf jihadistischen Internetseiten häufig auch Aufrufe zur Teilnahme am gewaltsamen Jihad.

Jihadistische Propaganda wird auch über deutschsprachige Internet-Blogs transportiert. So tauchte erstmals im Mai 2006 die ‚Globale Islamische Medien-Front‘ (GIMF), eine sogenannte Blogger-Seite, im Internet auf. Sie versteht sich als Sprachrohr der ‚al-Qaida‘. Ob es sich bei diesem deutschsprachigen Blog um ein eigenständiges Produkt handelt oder ob er in Beziehung zur Mutter-GIMF (‚Global Islamic Media Front‘) steht, konnte noch nicht mit Sicherheit geklärt werden. In das Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit trat die ‚Global Islamic Media Front‘ im März diesen Jahres, als über ihren Internet-Medienkanal ‚Stimme des Kalifats‘ eine Drohbotschaft gegen die Regierungen Deutschlands und Österreichs gerichtet wurde. Darin forderte ein verummter Sprecher die Regierungen der beiden Staaten im Interesse ihrer Sicherheit auf, ihre Soldaten aus den Ländern der Muslime, insbesondere Afghanistan, abzuziehen. Die Verlautbarungen des deutschsprachigen GIMF-Blogs sind in fehlerfreiem Deutsch verfasst und meist tagesaktuell. Gleiches gilt für die eingestellten Videos der ‚al-Qaida‘-Führungsspitze sowie Produktionen des islamistischen Medienlabels as-Sahab‘, die mit deutschen Untertiteln versehen ebenfalls in den Blog eingestellt werden. Zusammen mit nunmehr auch eigenproduzierten Videos ist der Propagandaausstoß der ‚Globalen Islamischen Medien-Front‘ erheblich.

Der deutschsprachige Internetblog ‚Islamic-News-Center‘ ist ein weiteres Beispiel für jihadistische Internetpropaganda auf sprachlich und grafisch hohem Niveau. Dieser Blog betreibt vornehmlich Propaganda für die im Irak aktive Terrorgruppe ‚Islamic State of Iraq‘ (Isol). Es handelt sich um eine Auswertungs- und Hinweisseite, allerdings ohne Links auf andere einschlägige Seiten, vermutlich eine Vorsichtsmaßnahme des Betreibers. Der Blog berichtet über Aktionen der Jihadisten im Irak, in Afghanistan, Tschetschenien etc. und stellt Videobotschaften islamistischer Terroristen und entsprechende Publikationen vor.

### **Gefahr der Selbst-Radikalisierung**

Eine besondere Gefahr der beschriebenen Propaganda-Maschinerie ist, dass sie auch auf Einzelpersonen ohne jihadistische Anbindung fanatisierend wirken kann. Die Bereitschaft Anschläge durchzuführen, muss nämlich nicht zwangsläufig im Zusammenhang mit einer gezielten Rekrutierung stehen. Sie kann auch die Folge einer intensiven und einseitigen Beschäftigung mit radikal-islamistischer Propaganda sein, die allein das Internet massenhaft bietet. Die Zahl jihadistischer Propagandaseiten geht in die Tausende und nimmt ständig zu. Gleichzeitig wächst die Gemeinde von Internetnutzern weltweit kontinuierlich, so dass sich zukünftig nicht nur die jihadistische Propaganda im Netz vervielfachen, sondern auch der Empfängerkreis wachsen wird. Die Verinnerlichung von Internet-Propaganda kann zu einer Selbst-Radikalisierung insbesondere junger Menschen führen. Der „self-made-Terrorist“, der sich durch das Lesen von Jihad-Propaganda selbst radikalisiert, sich aus dem Internet mit technischem Wissen zur Durchführung von Anschlägen versorgt und schließlich selbstständig einen Anschlag plant und durchführt, ist bereits zur realen Bedrohung geworden. So sollen die beiden jungen Männer, die für die fehlgeschlagenen Trolley-Bomben-Attentate in NRW im Juli 2006 verantwortlich gemacht werden, gezielt Informationen zum kämpferischen Jihad im Netz gesucht und schließlich auch die Bomben nach einer Anleitung aus dem Internet zusammengebaut haben. An diesem und anderen Beispielen wird deutlich, dass sich durch die Nutzung des Internets Radikalisierungsprozesse beschleunigen und kaum vorhersehbar entwickeln können.

## **Selbstinszenierung und psychologische Kriegsführung**

Terroristen nutzen das Internet auch, um in den eigenen Reihen und beim „Feind“ den Eindruck weltweiter Handlungsfähigkeit und ungebrochener Schlagkraft zu erzeugen. Fotos und Videos von Kampfhandlungen und Bombenanschlägen sollen die Anhängerschaft in der Überzeugung stärken, als Teil einer siegreichen Gemeinschaft für eine edle Sache zu kämpfen. Diesem Zweck dienen beispielsweise die Beiträge von ‚al-Furqan‘, der Medienproduktionsfirma des ‚Islamic State of Iraq‘. Deren Schwerpunkt liegt auf der Produktion von Videos, die Anschläge gegen Militärfahrzeuge sowie Exekutionen irakischer Regierungsangestellter dokumentieren. Die Beiträge vermitteln durchweg den Eindruck, als führten Jihadisten im Irak ausschließlich erfolgreiche Terroroperationen durch und schädigten ihre Gegner unentwegt und in einem solchen Ausmaß, dass ihr endgültiger Sieg nur noch eine Frage der Zeit sei. Die ‚Al-Furqan‘-Produktionen bilden mittlerweile eine wichtige Komponente jihadistischer Propaganda im Internet. Sie tragen wesentlich zu dem positiven Bild bei, der der ISol innerhalb der internationalen jihadistischen Gemeinde genießt.

Terroristen nutzen das Internet auch als Instrument der psychologischen Kriegsführung. Die Folterung und Tötung von Gefangenen und Entführungsoffern vor laufender Kamera und die anschließende Zurschaustellung im Netz dient nicht nur der Demütigung der Opfer. Durch die Betrachtung der Gewalthandlungen soll sich beim Gegner ein Gefühl der Bedrohung einstellen. Er soll sich schutzlos und unterlegen fühlen, Vertrauen in seine Umgebung verlieren und die Handlungsfähigkeit seiner Regierung in Zweifel ziehen. Den grausamen Höhepunkt dieser Vorgehensweise bildete das Internet-Video von der Enthauptung der amerikanischen Geisel Nicholas Berg im Irak im Jahre 2004, das weltweit Entsetzen hervorrief und – gerade deshalb – einige Male nachgeahmt wurde.

Ein weiteres Instrument der psychologischen Kriegsführung via Internet ist die Aufzählung von Tötungen und terroristischen Aktionen in „Erfolgslisten“. Die besondere Gefährlichkeit der jeweiligen Terrorgruppe soll auf diese Weise glaubhaft gemacht werden. Auch die Wahrnehmung in Bezug auf die Anzahl der lokal operierenden Terrorgruppen soll manipuliert werden. Wenn neue Terrorgruppen im Netz auftauchen, sich zu Attentaten bekennen oder neue ankündigen, muss damit gerechnet werden, dass ein Großteil von ihnen reine Erfindungen sind. Beispielhaft für solche „virtuellen“ Terrorgruppen sind die ‚Abu Hafs al-Masri-Brigaden‘. Diese bekannten sich u. a. zu den Londoner Anschlägen von 2005, ihre Existenz wurde aber nie nachgewiesen.

## **Zunehmende Professionalisierung**

Die jihadistische Internetszene ist diffus, unübersichtlich und unkontrollierbar. Dies liegt vor allem daran, dass Akteure und Sympathisanten des internationalen Terrorismus regen Gebrauch von den technischen Möglichkeiten des Internets machen. Beim Ideologietransfer via Netz arbeiten Akteure und Sympathisanten des internationalen Terrorismus Hand in Hand. Terroristische Gruppen propagieren und rekrutieren entweder auf ihren eigenen Websites oder nutzen dazu fremde jihadistische Seiten. Dort stellen sie z. B. Propagandamaterial von ‚al-Qaida‘ ein oder richten Links zu ihren Seiten ein. Der Informationsfluss wird aber zu einem erheblichen Teil von Internet-Nutzern in Gang gehalten, die selbst keiner bestimmten Gruppe angehören. Sie verweisen auf ihren Webseiten oder Blogs auf entsprechende Publikationen und Verlautbarungen, verlinken zu ‚al-Qaida‘-nahen Seiten oder senden aus jihadistischen Webseiten kopierte Informationen an andere Adressen. Vor allem bei den Sicherheitsvorkehrungen, die islamistische Extremisten im Netz treffen, macht sich eine zunehmende Professionalisierung bemerkbar. Im jihadistischen Bereich sind Internetseiten in der Regel nur für einen begrenzten Zeitraum unter ein und derselben Adresse abrufbar. Der häufige Wechsel von Website-Adressen dient vor allem dazu, Spuren im Netz zu verwischen. Bestimmte Webseiten sollen nur einem Kreis von Insidern vorbehalten bleiben. Solche versteckten Webseiten (Blackboards) können nur durch Kenntnis des konkreten Namens, nicht aber von Suchmaschinen gefunden werden. Eine andere Möglichkeit ist es, den Zugriff auf bestimmte Seiten, beispielsweise durch Kennungen und Passwörter, einzuschränken. Darüber hinaus werden alle Möglichkeiten der Verschlüsselung und Kryptographie angewendet, um einschlägige Inhalte unerkannt ins Netz zu stellen. Mittels spezieller Programme können Informationen auch in Bild- und Musikdateien versteckt werden. Die entsprechende Software kann aus dem Internet herunter geladen werden.

Jihadisten nutzen das Netz darüber hinaus zur offenen und verdeckten Kommunikation. Mit Hilfe von Verschlüsselungsprogrammen, die paradoxerweise ebenfalls im Internet bereitgestellt werden, können beispielsweise technische Informationen, Telefonnummern, Karten und Lagepläne für geplante Operationen

ausgetauscht werden. Großer Beliebtheit erfreuen sich in jihadistischen wie islamistischen Kreisen generell auch sogenannte Internetforen, in denen Informationen und Meinungen schriftlich ausgetauscht werden. Gleiches gilt für die sogenannten Chatrooms, in denen schriftliche Kommunikation in Echtzeit stattfindet. Eine Kommunikationssoftware, die auch in jihadistischen Kreisen zum Meinungsaustausch genutzt wird, ist Paltalk. Dieses Programm ermöglicht eine Kommunikation auch per Audio- und Videochat. Außerdem können damit live Vorträge gehört und Schulungen verfolgt werden.

Eine weitere Möglichkeit der verdeckten Kommunikation im Netz ist die Nutzung von E-Mail-Funktionen ohne Versenden. Dabei kann jeder, der das entsprechende Passwort kennt, Nachrichten einlesen, die in einem E-Mail-Account als Entwürfe abgelegt wurden.

Eine andere Spielart des „virtuellen Jihad“ sind „Cyber-Angriffe“ auf gegnerische IT-Netze (Defacements). Mit einer speziellen Software für sogenannte „Denial of Services“ (DOS) Attacken, die unter verschiedenen Adressen im Internet angeboten wird, können auch Laien selbst gewählte Zielcomputer bzw. Internetadressen angreifen. Eine erst kürzlich im Netz in Erscheinung getretene Internetseite bietet neben der entsprechenden Hackingsoftware in überarbeiteter Version auch eine Liste mit vermeintlich antiislamischen Internetseiten an, die sich aus Sicht des Betreibers als Angriffsziele eignen. In der Vergangenheit haben Cyber-Jihadisten verschiedentlich Erfolge solcher „Cyber-Attacken“ gemeldet. In den meisten Fällen blieb indes unklar, ob es tatsächlich zu solchen Angriffen gekommen war.

Im Unterschied zu den beschriebenen Hackerangriffen, die gegen Computer und Webseiten gerichtet sind, sich also im virtuellen Raum abspielen, bezeichnet „Cyberterrorismus“ computergesteuerte Anschläge auf reale Ziele, etwa Transportmittel und Infrastruktur. Noch handelt es sich dabei um eine Fiktion. Wenn es aber einer neuen Generation von Jihadisten gelingt, sich das nötige technische Wissen zur Durchführung solcher Anschläge anzueignen, wäre die Möglichkeit zum computergesteuerten Angriff auf den Luft- und Schienenverkehr, auf Energieunternehmen oder andere sensible Objekte gegeben.

### **Balance zwischen Freiheit und Sicherheit wahren**

Die Beobachtung des Jihadismus im Internet nimmt einen wichtigen Raum bei der Analyse dieser Terrorbewegung ein. Sie unterstützt die Bemühungen, Veränderungen innerhalb der jihadistischen Szene rasch zu erkennen oder sogar ihre Handlungen zu prognostizieren. Aufgrund der Globalität und der Übertragungsdichte des Internets sowie seiner technischen Möglichkeiten ist es jedoch nicht möglich, den Informationsstrom dauerhaft zu unterbinden oder auch nur zu kontrollieren.

Die Sicherheitsbehörden stehen angesichts der vielfältigen Bedrohungen, die aus der Nutzung des Internets durch Terroristen erwachsen, vor einem Dilemma. Wie lassen sich Sicherheit und Freiheit in Einklang bringen, wie können die Bürger vor dem Jihadismus geschützt werden, ohne dass grundlegende Freiheitsrechte beschnitten werden? Den aus dem rasanten Fortschritt der Technik erwachsenden Gefahren des 21. Jahrhunderts kann nicht allein mit dem Instrumentarium des 20. Jahrhunderts begegnet werden. Die Versuche der Sicherheitsbehörden, in terroristische Strukturen einzudringen, Kommunikationswege aufzuspüren und Anschläge zu verhindern, können sich stets nur an den Rahmenbedingungen unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung orientieren. Mit der Frage, ob die gesetzlichen Befugnisse der Sicherheitsbehörden im Zuge des Antiterrorkampfes ausgebaut werden sollten, ist daher immer auch die Forderung verbunden, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen individuellen Freiheiten einerseits und nationaler Sicherheit andererseits zu gewährleisten.

## 6 Spionageabwehr

Der Schutz einheimischer Unternehmen vor Know-how-Abfluss ist für die Spionageabwehr Nordrhein-Westfalen seit der Gründung der Sicherheitspartnerschaft zur Bekämpfung von Wirtschaftsspionage und Wirtschaftskriminalität in 2001 ein Schwerpunktthema.

Wie aktuelle Studien bestätigen, ist der Schaden, den die Wirtschaft durch solche Angriffe erleidet, enorm. Als innovatives, exportstarkes Land stellt Nordrhein-Westfalen mit seiner Hightech-Wirtschaft ein lohnenswertes Ziel dar. Viele einheimische Unternehmen haben dies schon erfahren müssen und haben auf Messen oder im Handel Plagiate ihrer erfolgreichen Produkte entdeckt.

Um die Sensibilisierung für diese Produktpiraterie zu stärken und den Schutz des geistigen Eigentums gesellschaftlich zu etablieren, wurde in 2007 erstmalig der Preis „Die Idee“ verliehen, eine Initiative des Bundesverbands der Deutschen Industrie unter der Schirmherrschaft des Bundesjustizministeriums. Am 20. Juni 2007 stellte Minister Dr. Wolf die beiden aus Nordrhein-Westfalen stammenden Preisträger vor. Aus der Kategorie „Non Profit“ gewann ein Projekt des Elsa-Brandström-Gymnasiums Oberhausen, das sich an jugendliche Computernutzer wendet und durch eine besondere Gestaltung des Mousepads zu einem „raubkopierfreien“ Leben führen soll.

Aus der Kategorie „Business“ gewann die „Aktion Plagiarius – Innovation vs. Imitation“, die jährlich einen Negativpreis für Plagiate vergibt.

Minister Dr. Wolf machte bei dieser Gelegenheit deutlich, dass Produktpiraterie kein Kavaliersdelikt ist, sondern dem Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen nachhaltig schaden kann und Arbeitsplätze gefährdet. Hiergegen wendet sich das Informations- und Beratungsangebot der Spionageabwehr Nordrhein-Westfalen mit dem Ziel, die Unternehmen präventiv vor Know-how-Abfluss zu schützen.

Nähere Informationen hierzu: [www.im.nrw.de/wirtschaftsspionage](http://www.im.nrw.de/wirtschaftsspionage)

## 7 Publikation „Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert“

Mit welchen Mitteln sprechen Rechtsextremisten Jugendliche an? Welche Botschaften vermitteln Websites und Musik der Szene? Öffnet diese Erlebniswelt dem Rechtsextremismus ein Tor zur Jugendkultur? Wie können Schule und außerschulische Jugendbildung gezielt zur Aufklärung beitragen? Fragen wie diesen geht die Publikation „Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention“ nach, die der Verfassungsschutz NRW im Juni 2007 gemeinsam mit der länderübergreifenden Einrichtung jugendschutz.net in Mainz, der Landeszentrale für politische Bildung NRW und dem Wochenschau-Verlag veröffentlicht hat.

Der Band und die beigelegte CD-ROM greifen die intensiven Fortbildungen für Lehramtsanwärter(innen) und Fachkräfte aus der außerschulischen Jugendbildung auf, die der Verfassungsschutz NRW in Kooperation mit dem Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW, der Landeszentrale für politische Bildung und jugendschutz.net veranstaltet hat. Diese jeweils sechstägigen Fortbildungen haben in den Jahren 2004 bis 2006 im damaligen Landesinstitut für Schule in Soest stattgefunden und in allen drei Jahren eine sehr positive Resonanz gefunden – in der pädagogischen Praxis haben sie zahlreiche Projekte und Unterrichtsreihen angestoßen. So teilte ein Teilnehmer der Fortbildung vom vergangenen Jahr – seinerzeit Referendar an einer Gesamtschule – den Seminarleitern mit, er sei anschließend auf „Vortragsreise“ durch alle 10er Klassen gegangen und habe in kleinen Workshops die Themen Musik, Kleidung und Präsenz der rechtsextremistischen Szene im Internet behandelt: „Die Schüler waren sehr interessiert und haben super mitgearbeitet. Selten habe ich so einen konzentrierten ‚Unterricht‘ erlebt. Einige der Schüler fragten im Nachhinein, ob ich ein Aussteiger sei. Soviel also zur Qualität Eurer Fortbildung...!!“

Teilnehmende der Soester Seminare haben sich an der Publikation „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ engagiert beteiligt. Sie geht den Methoden und Strategien nach, mit denen Rechtsextremisten Jugendliche ködern möchten und die diese Szene zu einer Erlebniswelt werden lassen, in der Freizeitangebote, Lebensgefühl und politische Botschaften verschmelzen. Zugleich stellt der Band Methoden und Ansätze vor, um in der Bildungsarbeit mit Jugendlichen den kritischen Blick auf den Rechtsextremismus zu schärfen. 15 Projektskizzen aus der schulischen und außerschulischen Praxis liefern Anregungen und machen Mut, Elemente zu erproben, mit eigenen Ideen zu kombinieren und Ansätze fortzuentwickeln. Das Spektrum reicht vom Konzept „Learning in Tolerance“, das eine Referendarin an einer Förderschule mit Schwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung erarbeitet und erprobt hat – über die Unterrichtsreihe „Politische Erziehung im Musikunterricht? Zum Umgang mit rechtsextremer Musik in der gymnasialen Mittelstufe“ bis zum Projekt über ein ganzes Schuljahr „Jüdisches Leben: gestern & heute“, das an einem Berufskolleg auch in Zusammenarbeit mit der örtlichen jüdischen Gemeinde stattgefunden hat. Staatsarbeiten der Lehramtsanwärter(innen) werden auf der CD-ROM zur Publikation dokumentiert. Diese enthält außerdem Powerpoint-Präsentationen zum Thema, Arbeitsblätter und Hörproben aus rechtsextremistischen Musikbeispielen.

Das Buch ist schon im Vorfeld des Erscheinens auf ein äußerst erfreuliches Echo gestoßen: Die Bundeszentrale und zehn Landeszentralen für politische Bildung haben die Publikation in ihre Programme aufgenommen. Sie besitzt für die Aufklärungsarbeit des Verfassungsschutzes NRW zum Thema Rechtsextremismus bei Jugendlichen einen besonderen Stellenwert, denn eine in diesem Maße auf die Präventionspraxis ausgerichtete Publikation mit konkreten Anregungen für Unterrichtsreihen und außerschulische Projekte, die mit Beteiligung einer Verfassungsschutzbehörde erscheint, ist bundesweit ein Novum. Insofern schließt der Band auch eine Lücke in der Publikationspalette des Verfassungsschutzes NRW – Anregungen, wie die Aufklärung zum Thema Rechtsextremismus in der Bildungspraxis gelingen kann, fehlten bisher. Er ist beispielsweise zur Vertiefung von Lehrerfortbildungen wertvoll. Die Publikation stellt darüber hinaus das bislang wichtigste Ergebnis der Kooperation des Verfassungsschutzes NRW mit externen Partnern dar. Dies gilt für die Landeszentrale für politische Bildung NRW und jugendschutz.net, die enge und kontinuierliche Kooperationspartner der Behörde sind. Ohne diese Zusammenarbeit wäre die praxisnahe Ausrichtung der Publikation nicht möglich gewesen. Last but not least: Mit dem Band „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ erscheint zum zweiten Mal eine Publikation, an der der Verfassungsschutz NRW

maßgeblich beteiligt ist, in einem anerkannten Fachverlag. Dies unterstreicht, dass Informationen von dieser Stelle in Bildungspraxis und Wissenschaft wahrgenommen und zur Unterstützung beider Arbeitsfelder geschätzt werden.

Stefan Glaser und Thomas Pfeiffer (Hrsg.): Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention, Schwalbach i.Ts. 2007, ISBN 978-3-89974359-3

Weitere Informationen zu dieser Publikation: [www.im.nrw.de/sch/763.htm#](http://www.im.nrw.de/sch/763.htm#)

Bestellmöglichkeit bei der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen:  
[www.lzpb.nrw.de/print/00315/index.html](http://www.lzpb.nrw.de/print/00315/index.html)